

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 5. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

Sitzungsdatum: 11. Dezember 2008
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.10 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Felix Keller, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Heinz Giger
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Scharaf Helmy, Rechtsdienst

Gäste: Dr. Adrian Blum, empiricon AG

Entschuldigt: Robert Richner
Susanne Amrein
René Imhof
Giulio Vögelin
Barbara Selinger
Joel Wartenweiler

Abwesend: ---

2/3-Mehrheit: 29 Anwesende = 24 (18.00 Uhr)
31 Anwesende = (18.10 Uhr)
32 Anwesende = (18.25 Uhr)
33 Anwesende = (18.35 Uhr)
34 Anwesende = (18.50 Uhr)
32 Anwesende = (19.55 Uhr)

Bereinigte Traktandenliste

Mittwoch, 10. Dezember 2008, 18.00 Uhr

1. Bericht des Gemeinderates vom 10. September 2008 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 19. November 2008 zum Voranschlag 2009 der Einwohnergemeinde Geschäft 3802 / A
- 1.1.0 EINTRETENSDEBATTE
- 1.1.1 Stellungnahmen des Gemeinderates vom 19.11.2008 und Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 24.11.2008 zu den Budgetpostulaten Geschäft 3802B/C
- 1.1.2 Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 113-43, Entgelte – Neue Position: Parkplatzbewirtschaftung Geschäft 3802B.1
- 1.1.3 Budgetpostulat CVP-Fraktion, Mathilde Oppliger, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 342 Hallenbad / Geschäft 342-318.00 Dienstleistungen und Honorare Geschäft 3802B.2
- 1.1.4 Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend Laufende Rechnung,
 - 1) Pos. 586-36 Arbeitslosigkeit, Eingliederungsmassnahmen
 - 2) Pos. 586-46 Arbeitslosigkeit, EingliederungsmassnahmenGeschäft 3802B.3
- 1.1.5 Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 589-365 Beiträge an Private Institutionen Geschäft 3802B.4
- 1.1.6 Budgetpostulat CVP-Fraktion, Mathilde Oppliger, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 589 Übrige Sozialhilfe / Geschäft 589-366.00 Beiträge an Private Haushalte Geschäft 3802B.5
- 1.1.7 Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Barbara Selinger, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 589-366.00 Private Haushalte (Soziale Wohlfahrt) Geschäft 3802B.6
- 1.1.8 Budgetpostulat Grüne, Julia Gosteli, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 589-366.00 Eigene Beiträge - private Haushalte – Winterzulage Geschäft 3802B.7
- 1.1.9 Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Jürg Gass, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 780-318.00 Dienstleistungen und Honorare (Naturschutz) Geschäft 3802B.8
- 1.1.10 Budgetpostulat CVP-Fraktion, Mathilde Oppliger, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 942 Liegenschaften des Finanzvermögens / 503.02 Mühlebachweg 41 Geschäft 3802B.9
- 1.2. DETAILBERATUNG
- 1.2.1 Voranschlag der Einwohnerkasse
- 1.2.2. Festsetzung der Gemeindesteuern 2009
2. Bericht des Gemeinderates vom 24. September 2008 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 17. November 2008 zur Finanzplanung der Einwohnerkasse und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2009-2013 Geschäft 3803 / A
3. Beantwortung der eingegangenen Fragen (Beginn Fragestunde)

Donnerstag, 11. Dezember 2008, 18.00 Uhr

4. Auswertung der Mitarbeitendenbefragung der Gemeindeverwaltung Allschwil
Präsentation durch die Firma empiricon ag, Dr. Adrian Blum
5. Wahl eines Mitgliedes in das Wahlbüro anstelle des zurückgetretenen
Josua M. Studer, SVP-Fraktion, ab dem 1. Januar 2009
bis zum Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3812
6. Wahl eines Ersatzmitgliedes in die FIREKO anstelle des zurückgetretenen
Josua M. Studer, SVP-Fraktion, ab dem 1. Januar 2009
bis zum Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3813
7. Wahl eines Mitgliedes in die Kommission für Gemeindeordnung und -Reglemente
anstelle der zurückgetretenen Simone Hauser, FDP/Grünliberale-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3814
8. Bericht des Gemeinderates vom 15. Oktober 2008 und der GPK
vom 25. November 2008 betreffend
Leistungsvereinbarung mit der Stiftung
Alterszentrum Am Bachgraben Allschwil/Schönenbuch
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 3530 / A
- 8.1 Interpellation Mathilde Oppliger-Zurschmitten, CVP,
vom 17. Oktober 2007 betreffend
Planung und Bau von Alterswohnungen
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 3754
9. Bericht des Gemeinderates vom 15. Oktober 2008 und der GPK
vom 25. November 2008 betreffend
Leistungsvereinbarung Tageselternverein
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 3801 / A
10. Bericht des Gemeinderates vom 15. Oktober 2008 und der GPK
vom 25. November 2008 betreffend
Leistungsvereinbarung Erholungswald mit der Bürgergemeinde
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3804 / A
11. Beantwortung der eingegangenen Fragen (Fortsetzung Fragestunde)
12. Interpellation Josua M. Studer, SVP, vom 19. August 2008
betreffend „Allschwiler Wochenblatt“
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 3798A
13. Postulat FDP-Fraktion, betreffend
Zusammenarbeit des Bevölkerungsschutzes Allschwil-Schönenbuch
mit Binningen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 3805

Nach den Pausen:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Scharaf Helmy, Rechtsdienst

Einwohnerratsprotokoll Nr. 5 vom 11. Dezember 2008

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des Einwohnerrates
Allschwil**

Felix Keller

Begrüssung

Felix Keller, Präsident: Wir haben heute Abend den 30. Advent. Sie sehen, es brennen 30 Kerzen, es hat eine Menge Gutzeli auf dem Tisch. Man merkt, es geht langsam auf Weihnachten zu. Dies ist auch die letzte Einwohnerratssitzung vor Weihnachten. Die schöne Dekoration und den schönen Blumenstrauss vorne dran haben wir Anita Gloor zu verdanken. Herzlichen Dank dafür!

Ganz speziell begrüßen möchte ich Herrn Dr. Adrian Blum von der Firma empiricon AG. Er wird uns im Traktandum Nr. 4 die Auswertung der Mitarbeiterbefragung vorstellen.

Ziel wäre, dass wir heute die Traktanden 4 – 10 bearbeiten können, dass wir also sicher bis zur Nr. 10 kommen, und dann, je nach Zeit, noch die Fragen beantworten können.

395 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Auswertung der Mitarbeitendenbefragung der Gemeindeverwaltung Allschwil Präsentation durch die Firma empiricon ag, Dr. Adrian Blum

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Wir können Ihnen heute Abend das Resultat der Mitarbeitendenbefragung vom Oktober 2008 vorstellen. Sie haben bereits gehört, Dr. Adrian Blum ist heute unter uns und orientiert Sie aus erster Hand. Er ist von der Firma empiricon AG für Personal- und Marktforschung aus dem Kanton Bern, und wir werden das dann auch hören, dass er Berner ist. Er führt zurzeit bereits für den Kanton Baselland eine Mitarbeiterbefragung durch, kennt also die Verhältnisse im Kanton Baselland schon bestens; und wir waren froh, dass wir ihn gewinnen konnten für eine Mitarbeiterbefragung hier in Allschwil. Die Idee einer Mitarbeiterbefragung war schon lange in den Köpfen vorhanden gewesen. Wir waren aber der Meinung, dass sie nicht mehr stattfinden sollte während der Amtszeit des abtretenden Gemeindeverwalters Max Kamber; und wir waren auch der Meinung, dass es nicht allzu schnell stattfinden sollte nach dem Amtsantritt der neuen Gemeindeverwalterin Sandra Steiner. Es ist jetzt etwa eineinhalb Jahre her, seit sie ihren Job angetreten hat, und das, dachten wir, sei nun der richtige Zeitpunkt, um einmal eine Mitarbeiterbefragung durchzuführen. Die Idee war mir grundsätzlich bekannt vom Kanton her, aber auch von einzelnen Mitgliedern der paritätischen Personalkommission, in der die Personalvertretung und die Arbeitgebervertretung drin sind – darum eben paritätische Kommission. Wir haben den Gedanken eigentlich sofort aufgegriffen und liessen es uns letztes Jahr mit dem Budget 2008 auch so genehmigen, dass wir eine Mitarbeiterbefragung durchführen. Wie gesagt, sie hat im Oktober 2008 stattgefunden. Dann haben wir zuerst den Gemeinderat und natürlich die paritätische Personalkommission über die Ergebnisse orientiert. Wir haben dann hier in der Aula sämtliche Mitarbeitenden der Gemeinde Allschwil eingeladen und sie über das Ergebnis auf kommunaler Ebene orientiert. Dann finden in der Zwischenzeit Gespräche statt mit der Hauptabteilungsleiterin und den Hauptabteilungsleitern, die durch die Gemeindeverwalterin Sandra Steiner und mich geführt werden. Dort geht es darum, die einzelnen Resultate auf der Ebene der Hauptabteilung zu analysieren, und dann auf der Ebene Verwaltung eine bis zwei Massnahmen, und auf der Ebene Hauptabteilung eine bis zwei Massnahmen, gestützt auf die Ergebnisse dieser Mitarbeiterbefragung, umzusetzen. Es war von Anfang an klar – und das ist mein fester Wille, und wir werden das auch machen – dass diese Mitarbeiterbefragung nicht einfach „l'art pour l'art“ durchgeführt worden sein soll, sondern dass man daraus ganz klar dort, wo es angezeigt ist, gewisse Lehren zieht und Konsequenzen folgen müssen. Wir sind also daran. Die einzelnen Arbeiten werden spätestens im Januar anfangen. Wir hoffen, bis Mitte nächsten Jahres die ersten Ansätze schon setzen zu können. Nach dieser Orientierung der Mitarbeiter nun heute Abend die Orientierung im Einwohnerrat, und auch die Medienmitteilung an die Medien. Uns war wichtig, dass Sie gleichzeitig mit den Medien orientiert werden und die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung nicht morgen aus irgendeiner Zeitung entnehmen müssten. Darum heute also simultan die Orientierung über die Ergebnisse. Damit man nicht dem Gemeinderat den Vorwurf machen kann, wir würden selektiv orientieren, oder nur das kommunizieren, was uns genehm ist, und das unterschlagen, was uns nicht genehm ist, hat bisher immer Herr Dr. Blum direkt, persönlich und ohne Anweisung durch den Gemeinderat referiert. Das hat er getan vor dem Gemeinderat und der paritätischen Personalkommission, er persönlich hat es getan vor allen Mitarbeitenden der Gemeinde Allschwil – es waren über 80 Personen anwesend oder noch mehr – und er tut es heute Abend im Einwohnerrat und zu Handen der Presse. Damit darf ich Herrn Dr. Blum das Wort erteilen.

Dr. Adrian Blum, empiricon AG: Vielen Dank für Ihr Erscheinen zu dieser Präsentation der Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung. Ich möchte Ihnen in den nächsten 30 bis 35 Minuten die wichtigsten Ergebnisse vorstellen. Herr Lauber sagte es schon, die Studie wurde im Oktober durchgeführt. Es war eine Studie mit rund 100 Fragen zur Arbeitssituation, bei denen man auf einer Rating-Skala zu bestimmen Aussagen Stellung nehmen konnte, und zu jedem Thema konnte man noch offene Bemerkungen anfügen. Ich werde Ihnen jetzt die wichtigsten Ergebnisse zeigen. Ich kann in 30 Minuten nicht alles zeigen; es gab einen relativ dicken Bericht. Aber das Wichtigste kann ich sich darstellen. Wenn Fragen sind, hat es am Schluss sicher noch Zeit, dass man die stellen und ich sie beantworten kann.

Ich möchte bei dieser Präsentation vom Allgemeinen zum Speziellen gehen. Ich möchte Ihnen kurz das Modell erklären, wie wir das gemacht haben, und dann die Ergebnisse darstellen. Um Sie nicht zu lange auf die Folter zu spannen, was die Ergebnisse angeht, hier einmal ein Cockpit mit den wichtigsten Werten. Wir haben oben, wenn Sie die Tachos anschauen, beispielsweise die Arbeitszufriedenheit gemessen. Was das genau ist, sage ich dann später noch. Sie ist auf einer Skala von 0 bis 100 bei einem Wert von 75 – das ist relativ gut. Wir haben das so genannte Commitment gemessen, das ist die Identifikation mit der Gemeinde, also das Zugehörigkeitsgefühl zur Arbeitgebergemeinde. Sie liegt auf der Skala von 0 bis 100 bei einem Wert von 83 – das ist ein sehr gutes Ergebnis. Und es gibt letztendlich das so genannte zielorientierte Verhalten mit 79 Punkten auf einer Skala von 0 bis 100. Das sind einmal diese drei Tachos – ich komme nachher noch genauer darauf zurück, was sie bedeuten.

Ganz kurz erst einmal: Wir haben also relativ gute Resultate. Mit höchsten Werten am besten abgeschlossen von diesen Themen haben beispielsweise: die Arbeitsinhalte; die Attraktivität der Arbeitgeberin; die Qualität, also beim Arbeiten ist ja immer wichtig, dass man die Qualität einhalten kann; Partizipation, also Mitsprachemöglichkeiten; Arbeitszeit – all diese Aspekte sind sehr gut beurteilt worden. Eher kritische Bewertungen, Sie sehen es, gab es bei Entlohnung, Arbeitsbelastung, Arbeitsgesundheit, Personalentwicklung, also Weiterbildung und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten, sowie Sozial- und Führungskompetenz der direkten Vorgesetzten. Wobei ich sagen muss, die Ergebnisse sind grundsätzlich relativ gut, so dass das, was jetzt unter den tiefsten Werten erscheint, das muss man schon sehen, eben die tiefsten Werte innerhalb der Allschwiler Gemeindeverwaltung, aber insgesamt immer noch relativ gute Werte sind. So viel einmal ganz kurz zu den wichtigsten Daten.

Nun sagt eine Studie nur dann etwas aus, wenn auch genügend Leute geantwortet haben. Sie sehen hier beispielsweise im Detail die Struktur. Grundsätzlich haben wir 138 Fragebogen geöffnet. Es war eine Online-Befragung über das Internet. Davon haben 115 Leute mitgemacht. Das ist eine Rücklaufquote von 83 %, das ist recht hoch für eine derartige Befragung. Was auch noch interessant ist: Es hatte keinen einzigen Bogen, den man nicht hätte auswerten können, weil er beispielsweise nicht gut oder nur unvollständig ausgefüllt gewesen wäre. Das sieht man an den Daten hier – also es ist qualitativ alles sehr gut ausgefüllt worden; und man sieht, die Leute haben das Ausfüllen des Fragebogens auch sehr ernst genommen. Es gab eine hohe Rücklaufquote – das ist einerseits gut, weil wir so eine gute Datengrundlage haben, die man dann auch weiter herunterbrechen kann. Andererseits muss man auch sehen, so hohe Rücklaufquoten ergeben natürlich eine entsprechende Erwartungshaltung, dass damit dann etwas passiert. Aber Herr Lauber hat ja schon gesagt, das weitere Vorgehen ist relativ klar, dass Massnahmen daraus entstehen. Also: Wir haben eine gute Rücklaufquote, eine gute Ausgangslage, um aussagekräftige Daten zu gewinnen. So viel einmal zum Rücklauf usw.

Dann möchte ich Ihnen noch kurz das Modell erklären, also was so eine Studie genau ist, bevor ich dann in die Details gehe. Sie sehen in diesem gelben Kasten: Das nennen wir die Faktoren der Arbeitssituation, das sind die Themen, die wir abgefragt haben, also beispielsweise Fragen zu Arbeitsinhalt, Partizipation, Arbeitsklima usw. – das alles waren Themen, die wir mit diesem Fragebogen abdeckten. Diese beeinflussen die so genannte Arbeitszufriedenheit, das so genannte Commitment. Also „Zufriedenheit“ ist, Sie kennen das auch an sich selber, ein Gefühl, das sich relativ schnell ändern kann. Das ist etwas Dynamisches. Da vergleicht man die erwartete Situation mit der effektiv eintretenden Situation, und daraus entsteht ein Gefühl. Das kann sich schnell ändern. Also Sie können im Arbeitsleben irgendein Erlebnis haben, beispielsweise im Team oder mit dem direkten Vorgesetzten, das vielleicht negativ ist, und dann kann die Zufriedenheit relativ schnell sinken. Aber sie kann auch relativ schnell wieder steigen. Hingegen ist das Commitment etwas Komplexes, das ist das Zugehörigkeitsgefühl zum Arbeitgeber, das ist langfristiger, tiefer. Da geht es um Identifikation, da geht es um Engagement für den Arbeitgeber. Das ist relativ schwieriger beeinflussbar als „Zufriedenheit“. Und das ist eigentlich aus meiner Sicht ein wichtigerer Wert, weil er eben langfristig orientiert ist. Und nun sagt das Modell aus, dass jemand, der zufrieden ist und sich auch identifiziert mit dem Arbeitgeber, sich auch so genannt zielorientiert verhält (das ist der Kasten ganz rechts). Als Arbeitgeber wollen wir ja nicht nur zufriedene Leute, sondern solche, die sich einsetzen im Sinne der Institution; und das ist eben dann der Fall, wenn die Person zufrieden ist und sich

„commitet“ mit dem Arbeitgeber. Und das haben wir letztendlich gemessen. Es war also nicht eine reine Zufriedenheitsbefragung, sondern es ging wirklich darum zu schauen: Wer ist engagiert, wer verhält sich im Sinne der Institution. So viel zum Modell.

Ich komme jetzt zu einzelnen Themen. Ich möchte zuerst etwas sagen zur Zufriedenheit, dann zum Commitment, und dann zu den Detailthemen, die Sie in diesem gelben Balken sehen. Also ich gehe vom Allgemeinen zum Speziellen, so dass man das Ganze auch versteht.

Zur Zufriedenheit: Wir haben beispielsweise folgendes gemacht. Nachdem die Leute den Fragebogen ausgefüllt hatten – also sie hatten rund 100 Fragen zur Arbeitssituation beantwortet – wurde eine letzte Frage gestellt. Die lautete: Wenn Sie an alles denken, was Ihnen bei Ihrer Arbeit wichtig ist, wie zufrieden sind Sie dann insgesamt mit Ihrer Arbeitssituation? Das war also die letzte Frage, die wir stellten. Die konnte man dann auf einer Sechser-Skala beantworten. Das sind diese Säulen, die Sie unten sehen, von „sehr unzufrieden“ bis „sehr zufrieden“. Da sieht man nun, wenn man diese drei Säulen anschaut, dass 90 Prozent sagten, sie seien „eher“ bis „sehr“ zufrieden. Das ist ein relativ gutes Resultat. 90 Prozent sagten das. Wir rechnen dann die Prozentwerte in Punktwerte um. Also jemandem, der sagte, er sei „sehr unzufrieden“ geben wir null Punkte, „grösstenteils unzufrieden“ 20 Punkte, „eher unzufrieden“ 40 Punkte, dann 60, 80 und bis 100 Punkte für die, die „sehr zufrieden“ sind. Das indexieren wir dann und bilden den Mittelwert daraus, und das ergibt dann den Punktwert, den Sie hier oben sehen. Diese Punktwerte von 0 bis 100 haben den Vorteil, dass man sie vergleichen kann, etwa zwischen den Hauptabteilungen; oder man kann sie vergleichen mit externen Benchmarks, die man hat, so dass man sieht, wo man steht. Das ist viel besser als Prozentangaben. Das sind also die Punktwerte, die Sie jetzt immer sehen, und wir markieren sie noch farbig, damit man sofort sieht, ob es gute Werte sind oder eher schlechte. Nun, ein Wert von 76 ist relativ gut, auch wenn man das mit anderen Gemeinden oder mit Kantonsverwaltungen, also dem öffentlichen Bereich, vergleicht.

90 Prozent sind also zufrieden, das haben wir gehört. Das ist ein gutes Resultat. Wenn man es aber interpretieren und etwas herauslesen will, dann sagt es relativ wenig aus. Drum wollten wir wissen, welche Typen von Leuten es genau gibt, die hier arbeiten, so genannte Zufriedenheitstypen – das ist ein arbeitspsychologisches Modell. Hier sieht man beispielsweise, dass 41 % der Mitarbeitenden in Allschwil so genannt „progressiv zufrieden“ sind, das sind Leute, die sich einsetzen für die Institution, die ein hohes Anspruchsniveau an sich selber haben, die sehr veränderungsbereit sind und eigentlich auch eine positive Grundeinstellung zur Arbeit haben. Das sind Leute, die die „pushenden“ Kräfte in einer Institution sind. Und in der Regel, wenn man das mit externen Benchmarks vergleicht, so sind Werte zwischen 40 und 50 Prozent recht gute Werte. Viele möchten den Wert natürlich noch verbessern und sagen, wir hätten gern 50 oder 60 % von denen; aber das ist nicht realistisch. Und wenn man nur solche Leute hätte, wäre das auch gefährlich für eine Institution, weil man quasi die Institution überlasten würde, wenn es nur veränderungsbereite Leute hätte und solche, die sich enorm engagieren. Es braucht auch stabilisierende Kräfte, damit eine Institution richtig funktionieren kann. Es braucht beides. Da sind beispielsweise die so genannt „stabil Zufriedenen“, also stabilisiert Zufriedene. Davon hat es hier 13 % - das sind eher relativ wenige. Das sind Leute, denen es gefällt, wie es ist; sie haben nicht besonders gern Veränderungen; sie mögen es so, wie es ist, und möchten, dass es weiterhin so bleibt. Dann gibt es noch eine andere Gruppe – 34 %, das ist diese Säule hier. Das sind relativ viele. Wenn man diese Leute fragt: „Bist du zufrieden?“, dann sagen die auch: „Ja, mir gefällt's“, aber sie denken insgeheim: „Ja, mir gefällt's; an einem anderen Ort könnte es schlimmer sein“. Das sind so genannt resignierte Leute, die vielleicht resigniert haben aufgrund von Veränderungen, die sie nicht bewältigen konnten, oder aufgrund von negativen Erlebnissen, die sie in der Vergangenheit hatten. Es gefällt ihnen, weil sie denken, ich weiss ja nicht, ob es woanders besser wäre. Davon haben wir 34 Prozent, und das sind relativ viele, überdurchschnittlich viele. Also man sieht jetzt sofort, dieser relativ hohe Anteil an Zufriedenen liegt nicht nur auf dieser progressiv-treibenden, sondern eben auch auf der resignierten Seite. Was man auch sieht, ist, dass es relativ wenig unzufriedene Leute hat, und unter ihnen hat es solche, die konstruktiv sind und solche, die fixiert sind – das sind die beiden Balken hier unten. 5 % sind konstruktiv, das sind solche, die sagen: „Mir gefällt es hier nicht; ich möchte etwas verändern; ich möchte das so und so machen“, sie sind also konstruktiv. Und wenn sie nichts verändern können, dann ist häufig die Gefahr, dass sie gehen. Von den „konstruktiv Unzufriedenen“ hat es relativ wenige, da hat man meistens so zwischen 15 und 20 Prozent. Die sind auch wichtig, denn sie bringen die Firma ebenfalls weiter. Sie sind einfach nicht zufrieden, aber sie wollen Veränderungen bewirken. Dann hat man auch „fixiert Unzufriedene“, von denen hat es 7 %. Das ist leicht überdurchschnittlich. Das sind Leute, die sagen: „Mir gefällt es nicht.“ Das sind Leute, die häufig auch eine negative Grundeinstellung zur Arbeit haben. Sie sind nicht veränderungsbereit, haben ein relativ tiefes Anspruchsniveau. Häufig fallen sie als so genannte Nörgler auf, also Leute, die kritisieren, die motzen, aber eigentlich nichts Konkretes zur Verbesserung der Situation beitragen. Davon hat es also 7 %. Meistens sieht man hier Werte zwischen 3 und 5 %. Das ist also leicht überdurchschnittlich.

Wichtig ist also, dass man nicht einfach sagt: 90 % sind zufrieden, sondern dass man es gemäss diesen Typologien anschaut. Wir haben das nun heruntergebrochen auf die Hauptabteilungen, damit man sieht: Was für Leute arbeiten eigentlich in diesen Hauptabteilungen. Denn dann sieht man auch sofort, wenn man Veränderungen einleiten will, beispielsweise als Vorgesetzter: Habe ich Leute, die das unterstützen würden, oder habe ich eher Leute, die bezüglich Veränderungen bereits resigniert haben, oder die Veränderungen sogar bekämpfen würden. Es ist relativ wichtig, dass man das dann unter diesen Typologien anschaut.

So viel zur Zufriedenheit. Das ist das eine. Das andere wäre das so genannte Commitment. Das sehen Sie hier auf einer anderen Grafik. Ich versuche, Ihnen die zu erklären. Wir haben vorhin auf dem Tacho gesehen, dass die Commitment-Werte, also die langfristig orientierte Grösse, recht gut sind. Das Zugehörigkeitsgefühl zur Institution ist recht hoch. Da haben wir Fragen gestellt, die die Identifikation beschreiben. Also man hat beispielsweise gefragt: Stehe ich voll zur Gemeindeverwaltung Allschwil und ihren Dienstleistungen? Wir haben auch die Fluktuationsneigung untersucht. Also wir wollten wissen: Wenn Sie heute entscheiden könnten, hätten Sie dann das Gefühl, dass Sie in zwei Jahren immer noch hier arbeiten, oder denken Sie, sie würden eventuell weggehen? Oder: Wenn ich mich heute entscheiden könnte, würde ich wieder eine Stelle hier wählen? Das ist die Fluktuationsneigung. Da haben wir einen recht guten Wert, die Fluktuationsneigung ist klein; die Leute tendieren wenig zum fluktuieren. Das hängt natürlich auch immer mit der wirtschaftlichen Situation zusammen. Wenn beispielsweise der Arbeitsmarkt stark angespannt ist, dann tendieren die Leute eher zum fluktuieren. als wenn man eine Rezession erwartet. Wobei, die Studie wurde ja Ende September durchgeführt, da hatte es die grösseren Hiobsbotschaften zur Konjunktur noch nicht gegeben; die kamen erst später. Wie gesagt, also eine relativ geringe Fluktuationsneigung.

Leistungsbereitschaft, da geht es um Folgendes: Geben die Leute an, leistungsbereit zu sein, dass sie sich überdurchschnittlich einsetzen? Da haben wir auch überall Werte, hier beispielsweise von 88 Punkten, 94 Punkten, das ist die Spalte hier. Diese Werte sind recht gut, darum sind sie grün markiert. Das heisst, sie sind sehr gut, wenn sie grün sind; gut, wenn sie weiss sind. Wenn sie orange sind, wäre das ein latenter Problembereich, und wenn sie rot sind, wären sie schlecht. Man sieht also relativ hohe Commitment-Wert, also das langfristig Orientierte ist hier eine sehr gute Basis für Veränderungen. Es ist sogar noch höher als die Zufriedenheit, das ist also eine gute Ausgangslage.

So viel einmal zu den eher übergeordneten, abstrakten Werten. Ich möchte jetzt ein bisschen weiter gehen in die einzelnen Themen hinein, die ja die Zufriedenheit oder das Commitment beeinflussen. Ich hoffe, Sie sehen es. Ich sehe, dass einzelne Personen blinzeln; eventuell ist es ein wenig klein dargestellt. Der Grund ist, dass wir jetzt eigentlich das zeigen, was im Auswertungsbericht drinsteht. Wir möchten Ihnen da nichts verheimlichen, sondern zeigen direkt Grafiken aus dem Bericht, und darum erscheint es ein wenig klein. Aber ich versuche es so gut wie möglich zu erklären. Wir haben rund 20 Themen genauer angeschaut – beispielsweise Arbeitsinhalt, Partizipation, Arbeitsklima – und davon die Punktwerte berechnet. Sie sehen das hier an diesen Balken. Das Interessante und Neue an dieser Grafik sind die „Kuchen“ hier an der Seite. Die sind nämlich voll, leer oder halb oder drei Viertel voll. Diese Kuchen zeigen das Handlungspotenzial. Wir haben nämlich immer gefragt: Wie zufrieden bist du mit einem Thema; und daraus haben wir berechnet, wie wichtig das Thema den Leuten ist, wie stark es die Zufriedenheit oder das Commitment beeinflusst. Wenn beispielsweise etwas, das den Leuten sehr wichtig ist, kritisch beurteilt wurde, dann ist der Kuchen voll. Das heisst, dort muss man ansetzen, dort ist das Handlungspotenzial gross; denn dort entsteht eine Wirkung, wenn man etwas tut. Und da sieht man beispielsweise hier, dass Massnahmen bei der Partizipation, die schon relativ gut funktioniert, wenig bringen würden. Hingegen Massnahmen beim Arbeitsklima und bei der Arbeitsbelastung oder der Arbeitsgesundheit würden wesentlich mehr bringen, weil dort die Werte kritischer sind und diese Themen den Leuten wichtiger sind. Wir hatten auch andere Themen wie Führungskompetenz der direkten Vorgesetzten, oder Mitarbeitergespräch, oder Themen wie Entlohnung, Veränderungen, Strategie der Gemeinde – all das haben wir gefragt und dann berechnet: Wo kann man ansetzen?

Es sind rund 20 Themen. Ich greife jetzt einzelne heraus und gehe dabei ein wenig in die Tiefe, damit Sie in etwa sehen, wie wir das gemacht haben und was die Aussage ist. Ich nehme als erstes Beispiel den Arbeitsinhalt. Das ist ein Thema, das recht gut beurteilt wurde, und das ist eigentlich eine Stärke dieser Gemeinde. Wir haben beispielsweise Fragen gestellt wie „Ist meine Arbeit abwechslungsreich?“ – das sind die Fragen hier – oder: „Werde ich fachlich gefordert?“, „Macht mir die Arbeit bei der Gemeinde Freude?“. All diese Werte wurden recht gut beurteilt. Das zeigt die zweite Spalte hier, die hat immer einen Wert von 0 bis 3; „3“ heisst, es ist den Leuten sehr wichtig, „0“ heisst, es ist völlig unwichtig. Es heisst jetzt zum Beispiel hier, der Arbeitsinhalt ist gut beurteilt worden, er ist den Leuten auch enorm wichtig. Das ist eine Stärke dieser Gemeinde. Man kommt also nach wie vor hierher zum Arbeiten, weil einem die Arbeit gefällt. Das finde ich relativ wichtig, dass es nicht beispielsweise der kurze Arbeitsweg wäre, oder

der Lohn usw., sondern nach wie vor die Arbeit selber. Das ist schon einmal ein wichtiger Punkt, der Arbeitsinhalt ist ein wichtiger Pfeiler. Ebenso wie andere Themen; das Arbeitsklima zum Beispiel ist den Leuten auch sehr wichtig. Das ist auch recht gut beurteilt worden, hat aber mehr Handlungspotenzial. Also da könnte man wahrscheinlich noch bessere Werte erreichen, es ist aber auch eine Stärke. So haben wir beispielsweise gefragt: „Haben wir ein angenehmes Klima? Unterstützen wir uns gegenseitig bei der Arbeit?“, oder: „Gehen wir Konflikte auf konstruktive Art und Weise an?“, „Haben wir eine Vertrauenskultur?“ usw. Solche Fragen haben wir gestellt, und die Ergebnisse sind recht gut herausgekommen. Also das Arbeitsklima ist gut hier, und das ist den Leuten auch enorm wichtig. Das ist also auch ein wichtiger Pfeiler. Wir haben auch Fragen gestellt zur Arbeitsbelastung und Arbeitsgesundheit. Und da sehen wir sofort, dass es hier Werte hat, die kritischer sind, die tiefer beurteilt wurden als die eben betrachteten. Wir haben da einen Gesamtwert von 66, der ist gerade noch knapp im weissen Bereich, er könnte auch orange sein. Wir haben beispielsweise gefragt: „Habe ich in meinem Team genug Leute, um die Arbeit zu erledigen?“, oder „Fühle ich mich am Abend eher ausgelaugt, oder bin ich noch fit?“, oder „Ist die Arbeitslast gerecht verteilt?“ – derartige Fragen zur Arbeitsbelastung und Arbeitsgesundheit wurden kritischer beurteilt als andere Themen und haben offenbar eine recht hohe Wichtigkeit. Dann sieht man hier noch eine letzte Spalte, das ist ein interner Benchmark. Da haben wie die beiden besten Einheiten genommen und den Durchschnitt daraus; das zeigt so ein internes Ziel, den internen Bestwert, den man erreicht hat. Wenn natürlich die Differenz des effektiven Werts zu Benchmarks gross ist, dann hat man dort noch Potenzial. Die Leute fühlen sich – im Vergleich zu anderen Themen – relativ belastet, und die Gesundheitsfragen sind ihnen sehr wichtig. Also bei diesem Thema könnte man sicher ansetzen, wenn man Verbesserungen erreichen möchte. Wir haben auch nach anderen Themen, zum Beispiel nach der Entlohnung, gefragt, das gehört natürlich auch dazu. Wir fragten zum Beispiel: „Werde ich meiner Leistung entsprechend entlohnt?“, oder „Entspricht der Lohn den Anforderungen, die die Arbeit an mich stellt?“, oder „Habe ich das Gefühl, dass ich einen marktgerechten Lohn erhalte?“. Wir stellten dabei fest, dass Entlohnungsfragen hier in dieser Gemeinde relativ kritisch beurteilt wurden. Es ist alles orange. Nun ist es aber so, dass Entlohnungsfragen generell relativ kritisch beurteilt werden. Das heisst also, hier kann man sich nicht allein auf die orangen Werte fokussieren, sondern man muss auch schauen, wie sieht das in anderen Gemeinden und anderen öffentlichen Institutionen aus, sind dort die Werte auch so? Da kann ich sagen, sie sind hier nicht kritischer als in anderen Gemeindeinstitutionen. Was aber interessant ist: Die Entlohnung ist den Leuten hier wichtiger, als wir das von anderen Institutionen her gewohnt sind. Also: Der Lohn wird hier nicht kritischer beurteilt, ist den Leuten aber wichtiger als in anderen Gemeinden. Das ist eine wichtige Erkenntnis. Wobei ich aus meiner Sicht nicht empfehlen würde, nun gerade zuerst beim Lohn Verbesserungsmaßnahmen anzusetzen. Denn erfahrungsgemäss können solche Massnahmen recht schnell verpuffen, weil man sich daran gewöhnt. Also es gibt sicher Themen wie Arbeitsbelastung und –gesundheit und andere, die ich noch aufzeigen werde, bei denen Verbesserungsmaßnahmen sicher wirksamer sind.

Ich habe jetzt noch ungefähr 5 Minuten, wie ich sehe. Ich möchte noch ein, zwei Themen herausgreifen und dann zu einem Fazit kommen. Wir haben auch Fragen zur Führung gestellt. Das ist immer ein sehr wichtiges Thema. Wir fragten: „Wie ist die Sozialkompetenz, die Führungskompetenz?“ Bei der Sozialkompetenz fragten wir zum Beispiel: „Nehmen die Vorgesetzten meine Anregungen ernst?“, „Werde ich auch einmal gelobt für gute Leistungen?“, „Sorgt der Vorgesetzte für ein angenehmes Arbeitsklima?“ – Zu diesem Thema hat man immer recht gute Werte, also die Führung wird bei diesen eher weichen Faktoren recht positiv beurteilt. Man sieht dann natürlich Unterschiede, wenn man ins Detail geht. Wenn man also die Hauptabteilungen genau anschaut, gibt es dort Unterschiede. Aber auf diesem Niveau sind die Ergebnisse recht hoch. Beim anderen Thema „Führungskompetenz“ haben wir eher nach den „hard facts“ gefragt, also beispielsweise: „Bekomme ich klare Aufträge?“, „Wird meine berufliche Entwicklung gefördert?“, „Werde ich bei Entscheidungsprozessen einbezogen?“. Derlei Fragen wurden immer noch gut beurteilt, aber doch kritischer als die Sozialkompetenz. Also wenn es beispielsweise darum geht, Feedbacks zu geben oder die berufliche Entwicklung zu fördern, haben die Vorgesetzten sicher einen Spielraum, um das besser machen zu können, also zum Beispiel mehr Feedbacks zu geben, konstruktives Feedback zu geben, die berufliche Entwicklung zu fördern – bei all diesen Themen gibt es ein Potenzial, um es besser zu machen, und das hätte auch eine Wirkung. Grundsätzlich sind also die Ergebnisse bei „Führung“ recht gut, aber es hat Verbesserungspotenzial.

Ich komme noch zum Thema Personalentwicklung, das haben wir auch vorhin schon im Zusammenhang mit der Führung gesehen. Wir fragten: „Bin ich gut ausgebildet, um meinen Job zu machen?“, „Hat die Verwaltung attraktive Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten?“. Da sieht man sofort: Die Leute sind der Meinung, sie seien genug ausgebildet, um ihren Job richtig zu machen. Aber sie finden nicht unbedingt die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten, die sie erwarten. Das sieht man sofort hier unten anhand dieser eher orangen Werte. Wenn es beispielsweise darum geht, sich fachlich weiterzuentwickeln, etwa Projektleitungen wahrzunehmen, oder um die berufliche Weiterbildung im Sinn von Karriere – derlei

Themen sind den Leuten enorm wichtig, und da gäbe es natürlich schon viel Potenzial. Man sieht, dass dies ein oranger Bereich ist.

Das sind die Themen, die ich hier anschneiden wollte. Es hat Themen, die ganz klar gut beurteilt wurden; es hat solche, die kritischer beurteilt wurden. Ich möchte jetzt zum Fazit kommen. Die Gemeinde hat ganz klare Stärken, beispielsweise beim Thema Arbeitsinhalte. Aber auch das Thema Qualität, man ist sehr qualitätsorientiert, man stuft die Qualität recht hoch ein. Auch die Attraktivität der Gemeinde als Arbeitgeberin generell. Das sind echte Stärken. – Es hat Verbesserungspotenzial, das man angehen kann, beispielsweise bei Themen wie Arbeitsbelastung und –gesundheit, Arbeitsklima, allenfalls Entlohnung, die ich hier der Vollständigkeit halber auch drin habe, Umgang mit Veränderungen. Auch am Thema Gemeindestrategie – also: Kenne ich die Strategie, unterstütze ich die Strategie? – kann man sicher noch arbeiten.

Also es hat ganz klare Stärken, ganz klare Potenziale. Was man nun genau macht, das muss man nun im weiteren Prozess herausfinden: Wo setzen wir an? Wo haben wir die Ressourcen, um etwas zu verbessern? Es gibt viele Massnahmen, die eigentlich gar nicht viel kosten, wie zum Beispiel: lernen, Feedback zu geben; lernen, die Leute konstruktiv zu fördern. Das ist eine Massnahme, die sehr wirkt, aber nicht unbedingt viel kostet. Es gibt Massnahmen, die relativ ressourcenintensiv sind, und solche die weniger ressourcenintensiv sind. Es geht jetzt darum, das zu konkretisieren, um das Beste dabei herauszuholen.

Ich bin jetzt ein wenig im Eilzugstempo durch die Studie hindurchgegangen. Ich konnte nur das Wichtigste zeigen. Es hat sehr viele weitere interessante Resultate. Sind jetzt noch Fragen?

Felix Keller, Präsident: Vielen Dank für die interessanten Ausführungen. Die Diskussion ist offen. Wenn Fragen sind aus dem Rat sind, bitte ich Sie, diese direkt an Herrn Blum zu richten, er steht ihnen noch zur Verfügung.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Habe ich das richtig verstanden, dass von den Hauptabteilungsleitern abwärts hierarchisch alle Mitarbeitenden befragt wurden?

Dr. Adrian Blum, empiricon AG: Ja, es war eine Vollerhebung von allen Leuten.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Das heisst, wir haben Resultate von allen 115. – Dann hätte ich eine Frage: Haben Sie die Fremd- und Eigenwahrnehmung zwischen den Hierarchien auch ausgewertet? Es kann ja sein, dass die relativ grosse Streuung bei den Fragen 25, 70, 11 und 12 auch mit den Hierarchien zusammenhängt.

Dr. Adrian Blum, empiricon AG: Also wenn man die Werte dann herunterbricht, sieht man natürlich schon Unterschiede. Nicht jede Hauptabteilung hat homogene Resultate. Das ist ein wichtiger Punkt. Es hat Streuungen drin. Ich habe Ihnen jetzt die Gesamtergebnisse über die Gemeinde genannt. Man muss das natürlich dann Hauptabteilungs-spezifisch auswerten. Und an sich ist es so, dass alles auf einem Eigenbild beruht. Also man wurde immer gefragt, wie man das persönlich sieht, wenn es um Zufriedenheit und um Identifikation geht. Und beispielsweise beim Thema Qualität wurde natürlich gefragt: „Nehmen wir bei uns im Team Qualität ernst?“; es wurde nicht gefragt: „Wie sehen das unsere Kunden?“ Es ist alles ein Eigenbild, die eigene Wahrnehmung.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Nur noch eine letzte Anschlussfrage: Sie wissen also nicht, ob die Hauptabteilungsleiter an sich zufrieden sind, z.B. mit der Weiterbildung oder der Entlohnung, und die Mitarbeitenden eher unzufrieden?

Dr. Adrian Blum, empiricon AG: Doch, das wissen wir natürlich. Aber das ist für mich alles Eigenbild.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Gut. Aber es kann ja sein, dass gewisse Hierarchiestufen eher zufriedener sind mit einem Bereich, die anderen weniger. Aber Sie haben jetzt ein Gesamtbild gegeben.

Dr. Adrian Blum, empiricon AG: Also wir haben natürlich die Daten. Wir haben unterschieden beispielsweise nach Altersklassen, nach Lohnklassen, nach Führungskraft/nicht Führungskraft. All diese Daten haben wir natürlich, so dass man Individualmassnahmen ergreifen kann. Wenn man beispielsweise sieht, Frauen denken anders als Männer, also Frauen betrachten etwas wohlwollender als Männer...

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Eben, das wäre dann noch eine Anschlussfrage gewesen, ob es auch demografische und geschlechtliche Unterschiede gibt, die Sie ausgewertet haben. Sie haben meine Frage beantwortet. Vielen Dank.

Rita Urscheler, Fraktion Grüne: Wenn Sie einen Vergleich ziehen, um einzuordnen, wo Allschwil steht Sie haben Benchmarks erwähnt – vergleichen Sie dann allgemein mit anderen öffentlichen Institutionen, oder ist da auch Privatwirtschaft dabei?

Dr. Adrian Blum, empiricon AG: So wie ich jetzt argumentiert habe, also wenn ich sagte „Im Vergleich zu anderen Institutionen“, habe ich bewusst öffentliche Institutionen gemeint, also beispielsweise andere Kantone, etwa den Kanton Bern als Beispiel, oder auch andere Gemeinden. Da habe ich wirklich diesen Fokus genommen und eigentlich nicht privatwirtschaftliche Unternehmungen. Das könnte man natürlich auch tun. Aber man muss immer sehen, wenn man Benchmarks setzt, dass es vergleichbare Institutionen sein müssen.

Felix Keller, Präsident: Sind weitere Fragen aus dem Rat? – Das ist nicht der Fall.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Ich möchte vielleicht ganz zum Schluss noch etwas sagen. Klar, die Details liegen vor. Was jetzt vorgetragen wurde, ist nur die Zusammenfassung, Herr Blum sagte es. Und wir haben auch ein viel dickeres Mäppchen in dreifacher Ausführung, an dem, wie gesagt, Sandra Steiner und ich arbeiten. Wir haben aufgrund der Auswertung „Hierarchien“ gebildet, und zwar werden wir auf Verwaltungsebene Themen angehen, die man nur auf Verwaltungsebene lösen kann. Das sind zum Beispiel die Ansätze von Arbeitsbelastung und –gesundheit, wo wir gesehen haben, dass ein gewisser Bedarf besteht. Dort wissen wir auch, wo. Wir können also nachschauen, in welcher Hauptabteilung das ist. Man kennt die Leute. Und wir haben ja eine Grössenordnung von Zehn-Personen-Teams. Wir wissen also ziemlich genau, wo Handlungsbedarf besteht. Und ein anderer Punkt, den wir auch auf Verwaltungsebene angehen werden, ist Aus-, Fort- und Weiterbildung, also vor allem bei Fort- und Weiterbildung wollen wir schauen. Ich will noch keine Vorbehalte anbringen. Wir gehen das vorbehaltlos an. Aber es ist natürlich auch klar: Von den Aufgabenbereichen, den Hierarchien und Strukturen her, ist es schwierig, in einer Gemeindeverwaltung Karriere zu machen. Es ist nicht so einfach möglich, hier die Treppe hinaufzusteigen. Dann, im Bereich der Hauptabteilungen, dort, wo das Thema Sozialkompetenz/Führungskompetenz aufgeworfen wurde, da gibt es selbstverständlich Unterschiede. Nur wir sind nicht der Meinung, dass wir diese Unterschiede öffentlich ausdiskutieren, sondern das machen wir mit den entsprechenden Hauptabteilungsleitern zusammen. Und das ist das, was ich am Anfang sagte, das haben wir bereits in die Wege geleitet. Und die HAL müssen dann auf ihrer Stufe, in der Hauptabteilung, Massnahmen vorschlagen und dann auch umsetzen. Vielleicht noch ein Detail, Andreas Bammatter, falls dich das noch interessiert hätte... Aber er hört schon nicht mehr zu. Danke schön.

Felix Keller, Präsident: Dann sind wir am Ende dieser Präsentation. Vielen Dank, Herr Blum. – Wir fahren dann weiter. Es stehen jetzt drei Wahlgeschäfte an.

396 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Wahl eines Mitgliedes in das Wahlbüro anstelle des zurückgetretenen Josua M. Studer, SVP-Fraktion, ab dem 1. Januar 2009 bis zum Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3812

Felix Keller, Präsident: Ich habe einen Vorschlag auf dem Tisch, das ist Frau Marlies Imhof. Ich frage den Rat an, ob es weitere Nominationen gibt. – Das ist nicht der Fall. Ist der Rat mit stiller Wahl einverstanden? Das ist der Fall.

://:

Marlies Imhof ist in stiller Wahl als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

397 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Wahl eines Ersatzmitgliedes in die FIREKO anstelle des zurückgetretenen Josua M. Studer, SVP-Fraktion, ab dem 1. Januar 2009 bis zum Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3813

Felix Keller, Präsident: Vorgeschlagen ist Herr Michel Mamie. Gibt es weitere Nominationen? – Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? – Das ist auch nicht der Fall.

://:

Michel Mamie ist in stiller Wahl als Mitglied der Fireko gewählt.

398 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Wahl eines Mitgliedes in die Kommission für Gemeindeordnung und -Reglemente anstelle der zurückgetretenen Simone Hauser, FDP/Grünliberale-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3814

Felix Keller, Präsident: Ich habe keinen Wahlvorschlag vorliegen. Herr Siro Imber?

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Die FDP/GLP-Fraktion schlägt Herrn Peter von Arx vor. Er ist ja für Simone Hauser nachgerückt.

Felix Keller, Präsident: Liegen weitere Nominationen vor?

Josua Studer, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion kann sich mit der vorgeschlagenen Person Peter von Arx leider nicht anfreunden und schlägt Ihnen ein anderes Ratsmitglied vor. Es ist auch so, dass wir wissen, dass auch Ratsmitglieder aus anderen Fraktion Vorbehalte haben gegen den Einsitz von Peter von Arx in die Reglementkommission. Ich will Ihnen kurz erklären, was unser Anliegen ist. Wir sind enttäuscht vom Verhalten der FDP. Die FDP wünscht jeweils vom Gegenüber ein kooperatives Verhalten. Für sie selber ist das aber wiederholt ein Fremdwort. Unsere Fraktion hat die FDP gebeten, jemand anderen zu nominieren. Ich persönlich habe mit zwei FDP-Exponenten geredet, und unser Fraktionschef Cedric Roos hatte in dieser Sache mit dem Fraktionschef der FDP Siro Imber Kontakt. Was es gebracht hat, sehen wir jetzt. Sollte die FDP an der Kandidatur von Peter von Arx festhalten, und er von euch Einwohnerräten in die Reglementkommission gewählt werden, so werden Simon Zimmermann und ich sofort aus dieser Kommission austreten. Es ist so, dass wir uns eine Zusammenarbeit mit Peter von Arx in einer Kommission nicht vorstellen können. Das ist für uns undenkbar, und zwar aus Erlebtem heraus. Die FDP und die Reglementskommissionsmitglieder sind über diesen Entscheid schon länger informiert. Das ist also jetzt kein „Überfallkommando“ von uns. Wir stehen jetzt also zu unserem Wort. Als wir erfahren haben, dass diese Rochade stattfinden soll, haben wir das erklärt, dass ich und Simon Zimmermann sofort zurücktreten würden, falls Peter von Arx gewählt würde. Das heisst ganz klar, dass in dieser Kommission zwei Sitze vakant werden, denn es hat sich niemand aus unserer Fraktion bereit erklärt, vorerst einmal diese Sitze

einzunehmen. Denn wir können uns das einfach alle nicht vorzustellen, so zusammenzuarbeiten. Das hat aber auch noch weiterreichende Auswirkungen auf ein aktives Geschäft, das in dieser Reglementscommission jetzt behandelt wird, und zwar die Überarbeitung der Geschäftsordnung des Einwohnerrates, die, notabene, von mir ausgelöst wurde, und die mir am Herzen liegen würde. Ich würde gerne an diesem Geschäft mitarbeiten. Aber ich kann mir das schlichtweg nicht vorstellen. Geplant war gewesen, dass das Reglement so weit gedeiht, dass man es am 1. Juli hätte in Kraft setzen können. Wenn zwei Vakanzen in der Kommission sind, heisst das, dass die restlichen fünf mehr *an d'Segg* müssen. Und ob sie es dann schaffen, das bis dorthin auszuarbeiten, daran zweifle ich. Deshalb wünscht sich die SVP-Fraktion, wie eingangs erwähnt, eine andere Nomination. Und wir schlagen von unserer Seite her Kathrin Gürtler vor. Wir kennen sie auch von der sonstigen Arbeit her und wissen, sie wäre sehr ideal. Für sie ist es jetzt überraschend, aber Überraschungen gehören auch dazu. Ich danke Ihnen vielmals. Und was noch dazu kommt: Wir beantragen geheime Wahl.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Ich finde, eine Kommission muss handlungsfähig sein, zumal sehr wichtige Geschäfte auf dem Tisch dieser Kommission liegen. Mir liegt sehr viel daran, dass sie weiterarbeiten kann, und ich melde mich freiwillig – als alter Fuchs, der sehr gerne liest und korrigiert – um euer Loch zu stopfen.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion wäre froh, wenn wir ein Time-out nehmen könnten, um das zu besprechen.

Felix Keller, Präsident: Okay, drei Minuten Time-out.

Felix Keller, Präsident: Wir fahren weiter. Frau Kathrin Gürtler wünscht das Wort.

Kathrin Gürtler, FDP/GLP-Fraktion: Ich möchte Sie einfach darauf aufmerksam machen, dass ich eine Wahl nicht annehmen würde. Und zwar ist unser Kandidat Peter von Arx. Er ist vom Volk in den Einwohnerrat gewählt worden, und als Einwohnerrat nimmt er auch in den Kommissionen Einsitz.

Felix Keller, Präsident: Es liegt ein Antrag vor auf geheime Wahl. Ich brauche fünf Ja-Stimmen. – Gut. Es haben neun Personen unterschrieben. Daher gibt es geheime Wahl. Ich bitte, die Stimmzettel auszu-teilen.

Felix Keller, Präsident: Ich gebe das Resultat der Wahl bekannt:

ausgeteilte Stimmzettel:	34
eingegangene Stimmzettel:	34
leer oder ungültig:	08
gültig:	26
absolutes Mehr:	14

//:

Gewählt ist mit 18 Stimmen Herr Peter von Arx.
Weiter erhalten hat Frau Gürtler 6 Stimmen.

Traktandum 8
Bericht des Gemeinderates vom 15. Oktober 2008 und der GPK
vom 25. November 2008 betreffend
Leistungsvereinbarung mit der Stiftung
Alterszentrum Am Bachgraben Allschwil/Schönenbuch
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 3530 / A

Andreas Bammatter, Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK): Das Einwohnerratsbüro beauftragte Ende Oktober die GPK, die drei nun dem Parlament vorliegenden Leistungsvereinbarungen als vorberatende Kommission zu prüfen. Die GPK hat sich das Ziel gesetzt, diese Leistungsvereinbarungen, falls keine Einwände vorliegen, per 01.01.2009 in Kraft setzen zu lassen. Das konnten wir machen, wir sind heute bereit. Mittels zwei ordentlichen Sitzungen und drei Subkommissionssitzungen ist das gelungen. Zuerst möchte ich allen Beteiligten ganz herzlich danken.

Grundsätzlich haben wir vor Ort die Leistungsvereinbarungen bezüglich Inhalt, Ziel, Zweck, Art der Leistungen, Abgeltung der Leistungen, Qualitätssicherung und Dauer der Vereinbarung geprüft. Das als Einleitung.

Zur ersten Leistungsvereinbarung: Das betrifft das Geschäft 3530, Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Alterszentrum Am Bachgraben Allschwil/Schönenbuch. Wie Sie den Leistungsvereinbarungen und dem Bericht der GPK entnehmen können, verfügen wir in Allschwil mit dem Alterszentrum über eine professionell geführte Begegnungsstätte mit vielfältigen Leistungen. Alle Angebote und Dienstleistungen sind als Prozess beschrieben und operativ umgesetzt. Das kann jetzt für den einen oder anderen von Ihnen ein wenig technisch tönen, aber in der heutigen Zeit ist das Standard einer seriösen Qualitätssicherung. Das Alterszentrum darf darum auch das Qualitätszertifikat EFQM tragen. EFQM bedeutet European Foundation of Quality Management und wird auch in namhaften Firmen, wie zum Beispiel Electrolux, Sulzer etc. angewendet. Merkmal dieser Qualitätssicherung ist die breit abgestützte Beteiligung aller Betroffenen bezüglich Zeit, Funktion und Leistung. Stichworte beim Alterszentrum sind Dreistufigkeit beim Eintritt, Aufenthalt und Austritt, oder Finanzierung und Planung des Aufenthalts. Ebenso gibt es einen Bewohnererrat, oder auch die Schulung des Personals zu verschiedenen Themen wie Pflege, Kommunikation oder auch Sterbebegleitung. Die GPK stellt somit fest, dass die vorliegende Leistungsvereinbarung auch dem kantonalen Gesetz bezüglich Betreuung und Pflege im Alter aus dem Jahr 2005 vollumfänglich Rechnung trägt, und empfiehlt einstimmig die Inkraftsetzung per 01.01.2009. Im Laufe der Legislatur wird die GPK nochmals die Leistungsvereinbarung prüfen und dann dem Rat Bericht erstatten. Ich danke nochmals allen herzlich, die an der Ausarbeitung dieser Leistungsvereinbarung mitgearbeitet haben, den Kolleginnen und Kollegen von der Subkommission, speziell auch den Herren Jenny und Zamengo vom Alterszentrum für die gute Zusammenarbeit.

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Wie Sie alle wissen, sind alle Institutionen mittels einer Leistungsvereinbarung mit der Gemeinde Allschwil verbunden. Den Abschluss bildet jetzt die Institution Alterszentrum Am Bachgraben. Es hat ein wenig länger gedauert, um diese Leistungsvereinbarung so weit zu bringen. Wir hatten schon einmal angefangen, wir hatten eine Leistungsvereinbarung erarbeitet und hatten auch einen Einwohnerratsbericht. Aber genau in dieser Phase kam dann die Ablösung des Alters- und Pflegedekrets, das ist jetzt neu das Gesetz über die Betreuung und Pflege im Alter. Der Gemeinderat entschied sich dann, das neue Gesetz und die Verordnungen abzuwarten und dem Einwohnerrat die angepasste Leistungsvereinbarung vorzulegen. Ebenso konnte man die Neuerung betreffend den NFA berücksichtigen, und auch die der neuen Stiftungsorganisation. Diese Anpassungen brauchten einige rechtliche Abklärungen des Rechtsdienstes und auch mit dem Kanton. Der Gemeinderat kann Ihnen jetzt eine Leistungsvereinbarung vorlegen, die den neusten gesetzlichen Bestimmungen entspricht und auch alle Änderungen berücksichtigt, also eine Leistungsvereinbarung basierend auf dem allerneusten Stand. Nicht nur die Leistungsvereinbarung ist auf dem neusten Stand, sondern auch das Alterszentrum selber. Mit einer Eröffnungsfeier am 28. Mai 2008 und einem Eröffnungsfest am 31. Mai und 1. Juni 2008 konnten der Um- und Erweiterungsbau eingeweiht und der Bevölkerung übergeben werden. Mit dem Baubeginn vom Sommer 2004 und dem Bauende Ende 2007 wurde die Bettenzahl um 49 – von 150 auf 199 – erhöht. Mit dieser Aufstockung ist das Alterszentrum Am Bachgraben das grösste Alterszentrum in der Nordwestschweiz. Das ganze Konzept entspricht den neuesten Erkenntnissen und der neuesten Philosophie in Pflege und Betreuung im Altersheim. Und es ist zu einem Vorzeigeobjekt geworden, das nicht nur regional, sondern auch überregional bekannt ist. Das zeigen die vielen Interessenten, die das Alterszentrum besichtigen wollen. Das Alterszentrum ist eine tolle

Institution mit einer professionellen Führung und Betreuung, auf die wir stolz sein können. Die ganze Institution weist einen hohen Beliebtheitsgrad auf mit den verschiedenen Angeboten und Veranstaltungen, wie es der GPK-Präsident bereits sagte. Das Alterszentrum ist also fest in Allschwil eingebettet und kaum mehr wegzudenken. Das hat sich auch bereits im Februar 2003 gezeigt, als die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dem Verpflichtungskredit und dem Finanzierungskredit mit 80 % Ja-Stimmen-Anteil deutlich zustimmten. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, allen Beteiligten am Um- und Erweiterungsbau ganz herzlich zu danken. Ein besonderer Dank geht an den Leiter des Alterszentrums Urs Jenny, der nebst dem Alltagsgeschäft – in Zusammenarbeit mit der Baukommission, der ich ebenfalls Dank ausspreche – die Bausituation unter Kontrolle hatte. Das Ganze war nicht ganz einfach; es gab verschiedene schwierige Situationen, zum Beispiel dass während der Bauphase eine Firma in Konkurs ging, was die Sache nicht vereinfachte. Ich möchte ebenso dem Personal danken für die zusätzliche Arbeit, die sie unter erschwerten Umständen leisten mussten, und nicht zuletzt den Bewohnerinnen und Bewohnern für ihr Verständnis während der Bauphase. Mit der vorliegenden Leistungsvereinbarung, zu der Ihnen ein ausführlicher Bericht vorliegt, wird nun die Zusammenarbeit zwischen den Einwohnergemeinden Allschwil und Schönenbuch und dem Alterszentrum Bachgraben vertraglich geregelt. In der Leistungsvereinbarung sind Ziele definiert, die Aufgaben und Leistungen sowie finanzielle Aspekte, Qualitätssicherung und Kontrolle geregelt. Der Gemeinderat beantragt Ihnen, dieser Leistungsvereinbarung zuzustimmen.

Felix Keller, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall. Bevor wir zur Detailberatung kommen, haben Sie jetzt die Möglichkeit, zu dieser Vereinbarung allgemein das Wort zu ergreifen.

Kathrin Gürtler, FDP/GLP-Fraktion: Ich möchte gerne im Namen der FDP/GLP-Fraktion kurz auf die drei Leistungsvereinbarung, die wir heute Abend behandeln werden, eingehen. Je nachdem werde ich mich auch zu den einzelnen Vereinbarungen nochmals melden, falls wir dies für nötig ansehen. Trotz grossem Zeitdruck haben wir von der GPK einen sorgfältigen und gewissenhaften Bericht erhalten. Wir möchten uns dafür bei der Kommission bedanken. Ganz herzlich möchten wir uns auch bedanken für das gute Einvernehmen und die gute Zusammenarbeit mit den jeweiligen Vertreterinnen und Vertretern der einzelnen Institutionen, die alle Fragen zu unserer Zufriedenheit beantworteten. Es wurde immer mit offenen Karten gespielt und nichts verdeckt. In allen drei Bereichen – Alterszentrum, Tageselternverein und Bürgergemeinde – wird eine wertvolle Leistung erbracht, auf die wir nicht verzichten können und dürfen. Darum legen wir von der FDP/GLP-Fraktion Ihnen nahe, den Anträgen des Gemeinderates bezüglich dieser drei Leistungsvereinbarungen zuzustimmen.

Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion: Die SP/EVP-Fraktion anerkennt die grossen Bemühungen um eine seriöse Qualitätssicherung und freut sich über das gut geführte Alterszentrum. Wir begrüssen die vorliegende Leistungsvereinbarung.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Auch die CVP kann dieser Leistungsvereinbarung zustimmen. Sie kam zwar mit einiger Verzögerung zum Abschluss, aber was wir hier jetzt haben, entspricht allen, und den neusten gesetzlichen Vorgaben und gibt auch Garantie für Qualitätssicherung und Qualitäts-Management. Mit dem Vertrag wird, nebst den finanziellen Bedingungen, auch die Sicherstellung der vielfältigen Angebote geregelt. Das Alterszentrum Am Bachgraben weist übrigens eine super Auslastung von 97 % vor – das ist sehr gut. Die CVP stimmt natürlich dieser Leistungsvereinbarung zu, und ich möchte noch anfügen: Unsere Gemeinde kann stolz sein auf dieses Alterszentrum.

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Ich kann meinen Vorrednern nur zustimmen. Ich möchte einfach nur auf eine Unstimmigkeit hinweisen. Es wurde gesagt, dass diese Leistungsvereinbarung per 01.01.2009 in Kraft treten soll. Der Antrag des Gemeinderates lautet aber „per sofort“.

Felix Keller, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Detailberatung.

[**Armin Bieri**, 2. Vizepräsident, ruft die einzelnen Kapitel auf, **Ursula Pozivil**, 1. Vizepräsidentin, stellt die Wortmeldungen fest.]

S. 2, 1. Ausgangslage

keine Wortmeldung

S. 4, 2. Ziele der Leistungsvereinbarung

keine Wortmeldung

S. 4, 3. Leistungsangebot

keine Wortmeldung

S. 6., 4. Qualitätsmanagement und Qualitätssicherung

keine Wortmeldung

S. 7. 5. Finanzierung und Beiträge der Gemeinde Allschwil

keine Wortmeldung

S. 9, 6. Anträge

keine Wortmeldung

Felix Keller, Präsident: Wünschen der GPK-Präsident oder Gemeinderat Julier das Schlusswort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Sie sehen die Anträge des Gemeinderats auf S. 9

Antrag 1: Die vorliegende Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Alterszentrum Am Bachgraben Allschwil/Schönenbuch wird genehmigt.

://:

Einstimmige Genehmigung

Antrag 2: Die Leistungsvereinbarung tritt sofort in Kraft.

://:

Einstimmige Genehmigung

Felix Keller, Präsident: Wir kommen noch zur Schlussabstimmung über das Geschäft.

://:

Einstimmig

Felix Keller, Präsident: Bevor wir in die Pause gehen, behandeln wir noch Traktandum 8.1, eine Interpellation, die indirekt mit der vorliegenden Leistungsvereinbarung zusammenhängt.

Traktandum 8.1
Interpellation Mathilde Oppliger-Zurschmitten, CVP,
vom 17. Oktober 2007 betreffend
Planung und Bau von Alterswohnungen
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 3754

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Wie Sie alle wissen, ist die Lebenserwartung in der Bevölkerung angestiegen. Die Menschen leben nicht nur länger, sie sind auch gesünder und haben weniger gesundheitliche und körperliche Einschränkungen. Die Anzahl der gebrechensfreien Jahre hat zugenommen, in denen alltägliche Handlungen ohne äussere Hilfe vorgenommen werden können. Seniorinnen und Senioren wollen möglichst lange und selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden bleiben. Diesen Wunsch muss man respektieren und die nötige Infrastruktur zur Verfügung stellen. Die Gemeinde Allschwil bietet – und unterstützt auch finanziell – verschiedene derartige Angebote. Allschwil hat eine hervorragend organisierte und moderne Spitex, sowohl im pflegerischen wie auch im hauswirtschaftlichen Bereich, damit die Betagten möglichst lange und autonom zu Hause in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können. Mit dem grossen Leistungspotenzial – wie Mahlzeitendienst, Fahrdienst, Betreuungsdienst, Mittagstisch und anderem mehr – stellt der Seniorendienst sicher, dass ältere Menschen noch lange daheim in ihren vier Wänden bleiben können, obwohl sie teilweise auf fremde Hilfe angewiesen sind. An Familienangehörige oder Bekannte, die eine pflegebedürftige Person zu Hause pflegen, zahlt die Gemeinde einen Beitrag für die Pflege zu Hause. Und zur Entlastung der Pflegenden besteht auch die Möglichkeit, Betreuungs- und Pflegeangebote in den Tagesstätten zu nutzen. All diese Angebote gehen in den Bereich „betreutes Wohnen“ mit mehr Lebensqualität durch Betreuung in der eigenen Wohnung. Dazu gehören auch die Alterssiedlung mit den 92 Alterswohnungen, und die mit dem Um- und Erweiterungsbau geschaffenen 199 Pflegebetten. Ich komme nun zu den einzelnen Fragen:

1. Könnte sich der Gemeinderat vorstellen, durch einen Investor Alterswohnungen zu bauen?

Das kann sich der Gemeinderat sehr wohl vorstellen, und er wollte auch schon betreutes Wohnen realisieren. Es besteht auch das „individuell begleitete Wohnen“ der Genossenschaft BonVita an der Hegenheimerstrasse. Bisher ist dort niemand eingezogen, der das begleitete Wohnen im Moment braucht – vielleicht später einmal. Bei der Überbauung Wohnen am Bachgraben waren 42 Alterswohnungen vorgesehen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben aber den Quartierplan abgelehnt, somit konnte man diese Wohnungen leider, leider nicht realisieren – nebst dem jährlichen Baurechtszins von fast 600'000 Franken, den wir gestern gut hätten brauchen können. Es haben sich in der Zwischenzeit verschiedene Investoren gemeldet und auch Überbauungsprojekte mit einem Anteil an Alterswohnungen vorgestellt. Selbstverständlich bleiben wir weiterhin am Ball. Wir können aber Privatinvestoren nicht zwingen, Alterswohnungen zu bauen, auch nicht mittels eines Quartierplanes.

2. Kann sich der Gemeinderat vorstellen, auf dem unteren Wegmatten-Areal ein solches Projekt zu verwirklichen?

Wie bereits in der ersten Antwort gesagt, war dort eigentlich schon eine solche Überbauung mit Alterswohnungen vorgesehen, und somit kann sich der Gemeinderat dies weiterhin vorstellen. Dazu braucht es aber private Investoren, da ja die Gemeinde dies finanziell nicht leisten kann. Und letztendlich braucht es auch die Zustimmung des Einwohnerrats, und allenfalls die der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.

3. Besteht eine Bedürfnisabklärung diesbezüglich in unserer Gemeinde?

Zurzeit sammeln wir Zahlenmaterial für diese Bedürfnisabklärung. Ausgewertet ist es aber noch nicht. Aber wie die Interpellantin selber schreibt, „besteht erwiesenermassen ein Interesse an guten und altersgerechten Wohnungen“. Um diese zu realisieren, sind wir aber auf private Investoren angewiesen. Inwieweit die Finanzkrise auf die Bautätigkeit Einfluss hat, das kann ich leider nicht beurteilen. Vielleicht bringt es etwas, wenn die Hypothekenzinsen tiefer sind.

Soweit die Beantwortung dieser Interpellation.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Ich danke Herrn Arnold Julier für seine Antworten und möchte den Gemeinderat einfach bitten, weiterhin am Ball zu bleiben, damit man mit der Zeit vielleicht doch etwas realisieren kann.

Felix Keller, Präsident: Damit ist diese Interpellation abgeschlossen. Wir machen jetzt 20 Minuten Pause bis 10 vor 8 Uhr.

PAUSE

Felix Keller, Präsident: Für das Info-Fenster des Gemeinderates liegt heute nichts an. Noch eine Information von mir: Frau Sandra Steiner hat mir mitgeteilt, dass es eine Kurzfassung der Mitarbeiterbefragung gibt, 2 A4-Seiten. Sie liegt hinten auf und kann nachher von denen, die daran interessiert sind, mitgenommen werden.

401 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 9

**Bericht des Gemeinderates vom 15. Oktober 2008 und der GPK vom 25. November 2008 betreffend Leistungsvereinbarung Tageselternverein
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 3801 /A**

Andreas Bammatter, Präsident der GPK: Beim vorliegenden Geschäft handelt es sich wiederum um eine Leistungsvereinbarung. Im Gegensatz zum Alterszentrum, das seine Dienstleistungen mit einer relativ grossen Anzahl von fest angestellten Personen erbringt, wird der Tageselternverein von einigen wenigen Schlüsselpersonen geführt. Die Dienstleistungen werden von Allschwiler Familien gegen einen Stundensatz erbracht. Das Angebot ist gut und wird auch rege genutzt. Der Verein hat mit Frau Baumgartner eine professionell eingerichtete Geschäftsstelle, die sich intensiv auch um das Qualitätsmanagement kümmert – wohlgerne innerhalb ihres Auftrags und der Möglichkeiten, die sie im Verein hat. Es bestehen klare Richtlinien bezüglich Ausbildung, Raumkonzept, Betreuungsschlüssel, Anmelde- und Durchführungsverfahren der Dienstleistungen durch den Tageselternverein. Alle Beteiligten – Kinder, die abgebenden Eltern und die Tageseltern – sind dabei einbezogen. Die GPK-Subkommission hat auch hier das Angebot, die Abläufe und die Finanzierung der Dienstleistungen geprüft und empfiehlt dem Rat wiederum einstimmig die Inkraftsetzung dieser Leistungsvereinbarung. Wie ich aber bereits einleitend erwähnte, hängt das Dienstleistungsangebot sehr stark von diesen Schlüsselpersonen ab – was bei einem allfälligen plötzlichen Ausscheiden ein grosses Risiko ist. Abschliessen auch hier der Dank an alle, die sich in irgendwelcher Form an der Leistungsvereinbarung beteiligt haben.

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Die Familienergänzende Kinderbetreuung wurde in den letzten Jahren aufgrund kantonaler und regionaler parlamentarischer Vorstösse ausgebaut. Der Grund dafür ist eine veränderte Familienstruktur. In der heutigen Zeit hat die Familie eine spezielle Bedeutung. Immer häufiger entstehen Patchwork-Familien oder Eineltern-Familien. Zahlreiche Erziehende sind auf eine Erwerbstätigkeit angewiesen. Auch viele Mütter kehren nach einer Kinderphase oft früher wieder in die Erwerbsarbeit zurück oder unterbrechen diese nur für die Dauer des gesetzlichen Mutterschaftsurlaubs. Alleinerziehende und ihre Kinder machen einen Drittel der Sozialhilfe-unterstützten Personen aus. Die Erwerbsbeteiligung wirkt sich volkswirtschaftlich günstig aus. Denn sie sichert das nötige Einkommen für Familien und vermindert Sozialhilfeabhängigkeit. Um das zu ermöglichen, muss für die betroffenen Kinder ein Betreuungsort gefunden werden. In Allschwil stehen dafür die zwei Tagesheime und eben der Tageselternverein zur Verfügung. Der Tageselternverein, bzw. der Vorstand, ist die Kontaktstelle für abgebende Eltern sowie für Tagesfamilien und familienähnliche Tagesbetreuungsstellen. Er ist besorgt um Weiterbildungsmöglichkeiten für die Tageseltern und steht den involvierten Parteien beratend zur Verfügung. Und er ist für die Qualitätssicherung ebenfalls verantwortlich. Für diese nicht immer einfache Arbeit und ihr Engagement danken wir dem Vorstand, insbesondere der Präsidentin Claudia Baumgartner, und den Tagesfamilien für die Betreuung der Kinder. Im Jahr 2002 wurde mit dem Tageselternverein eine Leistungsvereinbarung ausgearbeitet und abgeschlossen. Inzwischen ist das Betreuungsangebot um eine familienähnliche Kinderbetreuungsstelle erweitert wor-

den; dies wurde in die nun vorliegende Leistungsvereinbarung integriert. Mit Schreiben vom 22. Januar 2008 beantragte der Tageselternverein die Erhöhung der Verwaltungspauschale sowie des Stundenlohnes und der Verpflegungsvergütung. In der vorliegenden, teilrevidierten Leistungsvereinbarung sind diese Veränderungen alle enthalten. Die anderen Vereinbarungspunkte haben sich bewährt und sind unverändert. Die Verwaltungspauschale und der Subventionsschlüssel sind bis 31.12.2013 verbindlich vereinbart. Der Gemeinderat beantragt Ihnen, der vorliegenden Leistungsvereinbarung zuzustimmen.

Felix Keller, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit kommen wir zur allgemeinen Beratung. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht allgemein?

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Die externe Kinderbetreuung wird immer mehr in Anspruch genommen. Und der Tageselternverein bietet da eine wertvolle, in familiären Verhältnissen stattfindende Möglichkeit, Kinder betreuen zu lassen. Sie bietet eine wertvolle Ergänzung zur Betreuung im Tagesheim. Es ist eine sehr gute Sache; eine Sache, die man unterhalten und erhalten sollte. Es bleibt zu wünschen, dass sich auch in Zukunft genügend Familien als Tageseltern zur Verfügung stellen werden. Die CVP stimmt dieser Leistungsvereinbarung zu.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Die SVP hat das auch angeschaut, und wir können diese Leistungsvereinbarung unterstützen. Wir hatten bei der Beratung dieses Geschäfts aber auch eine angeregte Diskussion über das Verhältnis des Tageselternvereins zu den Tageseltern. Das betrifft zwar jetzt nicht diese Leistungsvereinbarung, aber es steht doch irgendwie in einem direkten Zusammenhang. Man hört immer wieder Klagen, wonach eine Menge Sachen nicht funktionieren zwischen den Eltern und den Tageseltern. Es wird für den Tageselternverein schwierig sein, dies selbst richtig zu überwachen und in die richtigen Bahnen zu leiten. Wenn die Gemeinde eine Möglichkeit sähe, da ein wenig behilflich zu sein, dann wäre das sehr wünschenswert. Ich spreche vor allem den Umstand an, dass sich viele Eltern nicht an Vereinbarungen mit den Tageseltern halten, zum Beispiel man hat abgemacht, die Kinder kommen Mittwoch und Freitag, und dann wird kurzfristig gesagt: Mittwoch komme ich nicht, aber dafür morgen Donnerstag. Wenn so etwas öfter vorkommt, wird es natürlich schwierig sein, dass der Tageselternverein richtig einwirkt. Denn sie sind ja in einer schwierigen Situation, wenn sie die eine oder andere Partei nicht vergrämen wollen. Weiter stellen wir auch fest, dass öfter einmal die Informationen schlecht laufen. So sieht man etwa im Allschwiler Blättli ein Inserat „Tageseltern gesucht“ – und gleichzeitig gibt es Tageseltern, die sagen: Hallo, ich habe mich schon mehrmals gemeldet und bekomme keine Kinder, wieso inserieren die denn schon wieder? Und die Situation ist dann einfach die, dass meistens diese Eltern nicht in dem Quartier wohnen, wo gesucht wird. Also wenn der Gemeinderat einwirken könnte, dass eine etwas bessere Informationspraxis stattfindet, wäre das von unserer Seite wunderbar.

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Ich nehme das gerne auf und werde auch mit Frau Baumgartner abklären, wie das funktioniert. Es kommt sicher zwischendurch vor, dass nicht immer alles funktioniert. Aber es ist relativ schwierig, weil dann teilweise Kinder weiter verschoben werden müssen als vorgesehen ist. Du sagtest es, das Quartier ist wichtig, und massgebend ist auch das Schulhaus, damit die Kinder nicht von weiss ich woher in die Schule gehen müssen. Bedingung ist einfach, dass die Örtlichkeiten zusammen passen. Aber ich nehme es gerne auf. Ich weiss auch nicht, wie viele Reklamationen eingehen. Reklamationen gibt es grundsätzlich immer, und es ist ein Unterschied, ob es eine ist oder ob es zehn sind. Aber ich komme gerne auf dich zu.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ich rede jetzt nicht für die Fraktion, sondern für mich selber. Ich begrüsse das Tageselternsystem sehr. Ich selber musste auch schon einmal so einen Tageselternkurs machen, weil wir jemanden angestellt hatten genau nach dem Schema, wie wir es hier haben, aber in Basel. Da merkte ich dann: Aus- und Weiterbildung ist gut; es gibt aber Leute, die, auch wenn sie den Kurs hätten, nicht zu den Kreisen gehören, wo ich meine Kindern gern hingeben würde. Primär, dünkt es mich, ist es eine Frage der Persönlichkeit, wo man ein Kind hingibt, nicht unbedingt nur vom Kurs. Da ist einfach meine Gewichtung anders, als es hier geschrieben ist. Was ich auch gemerkt habe, ist dies: Es gibt Familien und familienähnliche Tagesbetreuungsstellen. Wenn man eine Tagesfamilie hat, ist das eine dezentrale, relativ günstige Version, denke ich auch, mit relativ viel Eigenverantwortung und einem Hauch von Freiwilligenarbeit irgendwie, weil der Lohn ja nicht so hoch ist. Bei einer professionalisierten Form, denke ich, werden die Kosten höher sein; und es hat mich ein wenig stutzig gemacht, dass beides in einem Zug genannt und behandelt wird. Da ist für mich ein Fragezeichen. Ich bin ja noch nicht so lang hier dabei und weiss daher vielleicht zu wenig.

Felix Keller, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Detailberatung.

[**Armin Bieri**, 2. Vizepräsident, ruft die einzelnen Kapitel auf, **Ursula Pozivil**, 1. Vizepräsidentin, stellt die Wortmeldungen fest.]

S. 2, 1. Ausgangslage und Gründe für die Teilrevision
keine Wortmeldung

S. 2, 2. Dienstleistungsangebot

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Ich habe eine Frage zum Satz „Weiterbildungsmöglichkeiten“. Hier steht „Er sorgt für Weiterbildungsmöglichkeiten“; weiter unten steht, die Tageseltern würden zu regelmässigen Weiterbildungen verpflichtet. Ich würde sehr gerne wissen, wer diese Weiterbildungen zahlt – vielleicht habe ich auch etwas überlesen – und in welchem Umfang diese Weiterbildungen besucht werden müssen, und wer das überprüft.

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Das ist jetzt eine schwierige Frage. So genau weiss ich das nicht. Aber Frau Baumgartner ist da. Eltern, die ein Kind übernehmen, müssen eine Weiterbildung machen, das gehört dazu. Wenn sie diese Weiterbildung nicht machen, kann man sie logischerweise nicht beschäftigen. Sie müssen ja wissen, wie das funktioniert. Es müssen alle gehen. Aber ob es da Wiederholungen gibt, weiss ich nicht genau. Und die Überprüfung liegt beim Vorstand des Tageselternvereins, hauptsächlich Frau Baumgartner, die diese Überprüfungen und Qualitätskontrollen vornimmt. Und Gespräche finden ja immer statt. Wenn ein Kind vermittelt wird, dann gibt es Einzelgespräche und ein Gespräch zwischen Tageseltern und abgebenden Eltern. Dann stellt sich heraus, ob sie geeignet sind oder nicht. Und das wird dann immer laufend so abgeklärt.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Dann verstehe ich vielleicht das Wort falsch. Dann wäre das eher eine Grundausbildung, damit jemand Tagesmutter sein kann, aber es ist keine Weiterbildung. Eine Weiterbildung ist für mich: Ich bin in einem Beruf tätig und bilde mich in meinem Beruf regelmässig weiter, damit ich diesen Beruf korrekt ausführen kann.

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Gemeint ist beides, Grundausbildung und Weiterbildung. Das beinhaltet beides. Also es gibt eine Grundausbildung und dann die laufende Weiterbildung, oder Fortbildung kann man auch sagen.

Andreas Bammatter, Präsident der GPK: Die GPK hat sich mit dieser Frage auch auseinandergesetzt. Ich kann dazu sagen, dass es eine Grundausbildung gibt, die ist obligatorisch. Und wie ich eingangs sagte, ist natürlich das Matching zwischen den Familien, die abgeben und denen, die aufnehmen, nicht immer einfach. Wir haben das gehört, die Anmelde- und Aufnahmeverfahren sind von der Ausbildung abhängig, die die Eltern machen, vom Raumkonzept und vom Betreuungsschlüssel. Das heisst, man schaut auch vor Ort an, ob der Raum, der zur Verfügung steht, wo die Kinder beherbergt werden, den Richtlinien entspricht. Wir sehen dann unter Nr. 3 – das haben wir jetzt noch nicht besprochen – dort steht klar: Verband der Tagesfamilienorganisationen SVT, dort haben wir Qualitätssicherung, und dann gibt es den Verein Tagesfamilien Nordwestschweiz, der eine Qualitätssicherung hat. Der Grundkurs ist obligatorisch, und die Weiterbildungen sind freiwillig. So ist es im Konzept. Frau Baumgartner regt aber jeweils an, die dass die aufnehmenden Familien, aber auch die abgebenden, die Möglichkeit haben, an Weiterbildungen teilzunehmen. Ich kann auch dazu sagen, die GPK hat bereits beschlossen, dass sie nach dem Inkraftsetzen dieser Leistungsvereinbarung, im Jahr 2 oder 3, sicher einmal dort vorbeigeht, und dann werden wir diese Fragen nochmals ausführlich stellen.

S. 3, 3. Qualitätsmanagement und Qualitätssicherung
keine Wortmeldung

S. 3., 4. Finanzierung und Beiträge der Gemeinde Allschwil

Nedim Ulusoy, Fraktion Grüne: Ich habe eine Verständnisfrage. Und zwar steht auf S. 4 unten: „Die Erfahrung zeigt, dass knapp die Hälfte der Kosten durch die Eltern bezahlt werden.“ Bei der Tabelle auf S. 5 sind für das Jahr 2007 Elternbeiträge in der Grössenordnung von Fr. 121'000 aufgelistet und Subventionen der Gemeinde von Fr. 252'000. Das würde eigentlich heissen, die Elternbeiträge sind ein Drittel der Kosten. Oder habe ich das falsch verstanden?

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Das liegt so drin, ja. Also wir haben bis Ende Oktober Subventionen von Fr. 150'664 gezahlt, ohne Verwaltungspauschale. Also ich habe das ausgerechnet: Man kommt im Schnitt gesamthaft auf Fr. 250'300, die wir an Subventionen zahlen.

Nedim Ulusoy, Fraktion Grüne: Sind das die Gesamtkosten, oder der Beitrag, den die Gemeinde zahlt?

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Die Gesamtkosten der Gemeinde.

Nedim Ulusoy, Fraktion Grüne: Aber in der Tabelle auf der Seite vorher steht: „Subvention der Gemeinde“. Das würde dann heissen, dass die Gemeinde Fr. 250'000 zahlt, und die Eltern 120'000. Das gäbe dann insgesamt einen Betrag von...

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: ...wir reden von unterschiedlichen Zahlen...

Nedim Ulusoy, Fraktion Grüne: ...Fr. 370'000...

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: ...ich rede jetzt von 2008, und Sie von 2007.

Nedim Ulusoy, Fraktion Grüne: ...die von 2008 haben wir nicht...

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: In 2007 haben die Eltern 120'000 bezahlt und 251'000 die Gemeinde, oder? 120 plus 120 gibt 240.

Nedim Ulusoy, Fraktion Grüne: Nein, dann müsste es heissen, die Subvention der Gemeinde wäre 120'000, wenn es so wäre, dass der Gesamtbetrag 250'000 wäre.

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Mit der Pauschale: ja.

Nedim Ulusoy, Fraktion Grüne: Also fragen wir anders... Wie hoch ist der Gesamtbetrag...

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: ...geht es jetzt um den Ausdruck „die Hälfte zahlen die Eltern“?

Nedim Ulusoy, Fraktion Grüne: Einfach ob das stimmt. Also ist der Gesamtbetrag 370'000, oder ist er 250'000?

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Also das Gesamte, das die Gemeinde zahlt, ist 251'785...

Nedim Ulusoy, Fraktion Grüne: Aha, dann stimmt also der Text nicht...

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: ...und die Eltern zahlen 120'942.

Nedim Ulusoy, Fraktion Grüne: Dann stimmt also der Text nicht. Dann ist gut. Die Frage ist beantwortet.

Felix Keller, Präsident: Seid ihr euch einig? Dann fahren wir weiter.

S. 6. 5. Anträge
keine Wortmeldung

Felix Keller, Präsident: Wir kommen damit zum Abschluss der Detailberatung. Ist noch ein Schlusswort gewünscht von Herrn Bammatter? Oder allenfalls von Herrn Julier? Das ist nicht der Fall. Damit kommen wir zur Abstimmung über die Anträge. Diese sind auf S. 5. Es liegen zwei Anträge des Gemeinderats vor.

Antrag 1: Die vorliegende Leistungsvereinbarung mit dem Tageselternverein Allschwil wird genehmigt.

//:
Einstimmige Genehmigung

Antrag 2: Die Leistungsvereinbarung tritt auf den 01.01.2009 in Kraft.

//:
Einstimmig ja.

Felix Keller, Präsident: Wir kommen noch zur Schlussabstimmung über dieses Geschäft.

//:
Einstimmig für Abschluss des Geschäfts

402 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 10
Bericht des Gemeinderates vom 15. Oktober 2008 und der GPK vom 25. November 2008 betreffend Leistungsvereinbarung Erholungswald mit der Bürgergemeinde Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3804 / A

Felix Keller, Präsident: Ich begrüße in diesem Zusammenhang auch unseren Revierförster Herrn Markus Lack im Zuschauerraum. Und das Wort hat zuerst der Präsident der GPK, Herr Andreas Bammatter.

Andreas Bammatter, Präsident der GPK: Wie bereits gesagt: Bei der nächsten Leistungsvereinbarung handelt es sich um ein Geschäft zwischen der Einwohnergemeinde und der Bürgergemeinde. Seit mehr als 10 Jahren, genau seit 1995, zahlt die Einwohnergemeinde der Bürgergemeinde einen Pauschalbeitrag für deren Dienstleistungen von Fr. 110'000. Es handelt sich dabei um direkte und indirekte Leistungen im Zusammenhang mit der Nutzung unseres Waldes. Im Jahr 2003 wurde der so genannte Waldentwicklungsplan rechtskräftig. Damit stellt der Allschwiler Wald ein kantonales Naturschutzobjekt dar. Ebenso ist jedoch die grosse Bedeutung als siedlungsnaher Erholungswald hervorzuheben. Um diesen Umständen Rechnung zu tragen, wurde in den Jahren 2006 und 2007 ein Erholungskonzept Allschwiler Wald erarbeitet. Dabei waren Vertreter der Einwohnergemeinde, der Bürgergemeinde, Experten und natürlich unser Revierförster Markus Lack, den ich ebenfalls ganz herzlich begrüsse. Um die darin definierten Leistungen vollständig umzusetzen, müssten nach Plan neu zusätzlich Fr. 73'000 zu den bereits jährlich entrichteten Pauschalkosten von Fr. 110'000 bereitgestellt werden. Der Gemeinderat hat nun eine Leistungsvereinbarung mit der Bürgergemeinde ausgearbeitet, mit der sich die Einwohnergemeinde zur Hälfte, nämlich mit Fr. 35'000, beteiligt; das ergibt dann gesamthaft Fr. 145'000, die die Einwohnergemeinde jährlich an die Bürgergemeinde zahlen würde. Das wäre dann auf drei Jahre, bis 2011, so geplant. Es stellt sich natürlich jetzt die Frage, was die direkten Folgen sind, sollte der Restbetrag dieser Fr. 35'400 nicht gesprochen werden. Das haben ja die Vertreter der Bürgergemeinde anlässlich ihrer Besuche bei den Fraktionen beantwortet: Der Waldentwicklungsplan kann dann nur zu 70 % umgesetzt werden. Eine Querfinanzierung im Forstrevier ist nicht möglich, da vier verschiedene Bürgergemeinden das Forstrevier bilden. Wir haben dann noch vernommen, dass die Einwohnergemeinde Binningen den vollen Betrag an die Kosten zahlt. Die Subkommission der GPK konnte feststellen, dass die Umsetzung des Erholungskonzepts Allschwiler Wald qualitativ sehr gute Dienstleistungen erbringen kann. Die Frage der Restfinanzierung wird sich jedoch mit dieser Vorlage im Rat erst im Jahr 2011 wieder stellen. Die GPK empfiehlt dem Rat mit 7 : 2 Stimmen, die Leistungsvereinbarung in Kraft treten zu lassen. Auch da darf ich am Schluss allen Beteiligten ganz herzlich für ihr Engagement danken. Der Allschwiler Wald ist wichtig, als Naturschutzgebiet und als Erholungsort. Tragen wir Sorge dazu!

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Der Gemeinderat ist sehr dankbar, dass die Bürgergemeinde im Allschwiler Wald wertvolle Dienste leistet. Diesen Aufwand gelten wir ja auch schon seit 1995 ab mit einer Pauschale von Fr. 110'000. Allerdings hat das Erholungskonzept, das in den letzten Jahren erarbeitet wurde, und das wir 2007 auch im Einwohnerrat vorstellten, gezeigt, dass die Aufwendungen weitaus höher sind als diese Fr. 110'000. In Verhandlungen mit dem Bürgerrat kam aber dann ein Resultat heraus, das, wie aus dem Bericht hervorgeht, eine Pauschale von Fr. 145'000 vorsieht. Das deckt nun eben nicht alle Leistungen ab. Aber der Gemeinderat hat sich natürlich auch etwas dabei überlegt. Erstens ist der Vorteil einer Pauschale, dass der Leistungserbringer, also die Bürgergemeinde Allschwil, selber bei den Leistungen Reduktionen vornehmen, das heisst gewisse unwichtigere Sachen bleiben lassen kann. Zweitens hat die Bürgergemeinde natürlich auch die Möglichkeit, nach dieser Dreijahresfrist die Leistungsvereinbarung wieder anzupassen. Und deswegen geht der Gemeinderat davon aus, dass man mit gutem Gewissen so eine Pauschale machen kann die, sage ich jetzt einmal, in der Mitte liegt. Des weiteren kann man auch ergänzen, dass eine Pauschale den grossen Vorteil hat, dass man nicht für die Administration von Abrechnungen, Stundenrapporte etc. noch einen Riesenapparat aufbauen müsste. Deshalb möchten wir Ihnen die Leistungsvereinbarung in der vorliegenden Form zur Annahme empfehlen.

Felix Keller, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir kommen zur allgemeinen Beratung.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Jung und Alt erfreuen sich an unserem Allschwiler Wald. Leider bringt aber diese Beliebtheit dem Wald auch negative Folgen. Und die Bürgergemeinde sorgt dann dafür, dass der Wald nicht all zu sehr Schaden nimmt. Sie ist dafür besorgt, dass die Feuerstellen und andere viel besuchte Orte nach den Wochenenden wieder ordentlich und sauber dastehen. Die Bürgergemeinde ist zudem für alle Belange der Waldverordnung zuständig. Und laut kantonalem Waldgesetz ist die Einwohnergemeinde verpflichtet, die Bürgergemeinde für deren Leistungen zu bezahlen. Darum wird der Pauschalbetrag von 110'000 auf 145'000 Franken aufgestockt, obwohl das nicht ganz dem entspricht, was die Bürgergemeinde erwartet hätte. Angesichts der Leistungen, die die Bürgergemeinde für unseren Wald erbringt, und angesichts des Erholungswerts, den uns der Wald bietet, muss man dieser Aufstockung zustimmen. Dann noch ein Kompliment für die informative Broschüre „Erholungskonzept Allschwiler Wald“. Die CVP stimmt der Leistungsvereinbarung zu.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich möchte zuerst dem Bürgerrat danken, dass er sich die Zeit genommen hat, bei uns in der Fraktion vorbeizukommen, in Person von Herrn Revierförster Lack und von Finanzchef Herrn Bürki. Sie konnten uns aufschlussreiche Auskünfte und Informationen geben zu dieser Leistungsvereinbarung. Wir sehen den Ansatz. Wir sehen auch das Bedürfnis. Und die Aufstockung auf diese Fr. 145'000 ist ganz sicher unbestritten. Dass ein Fehlbetrag stehen bleibt, finden wir nicht sehr optimal. Wir denken aber, in erster Linie aus Sicht der Finanzen, die wir gestern besprochen haben, ist es nachvollziehbar, dass der Gemeinderat budgetiert und plant, nur bis zu diesem Betrag zu gehen. Da die Leistungsvereinbarung auf drei Jahre abgeschlossen ist, denken wir, man kann es vom Finanziellen her einmal so lassen. In drei Jahren sehen wir mehr; und bis dahin sollte nicht sehr viel passiert sein in dem Sinn, dass wir Mehrkosten hätten, wenn wir es nicht jetzt gerade machen. Wir persönlich hätten noch andere Ideen. Eine davon habe ich ja gestern schon angesprochen, mit Beschäftigungsprogrammen. Wir hatten ja mit den Asylanten etwas gemacht beim Werkhof. Etwas Ähnliches könnte man ja bei der Bürgergemeinde umsetzen, dass man gewisse Arbeiten, die sonst aus finanziellen Gründen wirklich zurückgestellt werden müssten, auf diese Weise abdecken könnte, oder gegebenenfalls mit Integrationsprogrammen für Erwerbslose. Weiter hat ja auch Peter Hauser schon einmal hier im Rat gesagt: Wir zahlen so viel Geld an das Theater Basel. Und die fordern das Geld ein, weil wir Landschaftler zu ihnen ins Theater gehen. Und da sagte Peter Hauser: Dann fordern wir doch einmal von den Baslern Geld dafür, dass sie kommen und bei uns ihre Hunde spazieren führen. Und es ist nicht unwesentlich, was dieser Wald beansprucht wird von Fremden; man sieht es ja am Spitzwald an den Autonummern, und auch am Parkplatz Allschwiler Weiher. Deshalb wünschen wir, dass der Gemeinderat darauf hinwirkt und mit Basel-Stadt das Gespräch sucht, damit man da etwas machen könnte. Das könnte zum Beispiel in der Form sein, dass wir beim nächsten Budget mal ein bisschen das Theater kürzen und dafür das Geld, das wir dort einsparen, dem Wald geben. Dann ist das einfach ein Abtausch, und Basel muss gar nicht zahlen. Sie bekommen ein bisschen weniger, und wir haben es ja in den Medien gehört, das Theater wird ja wieder besser besucht, so haben sie wieder mehr Eintritte und brauchen nicht mehr gar so viel Geld. Deshalb sagt die SVP ja zu dieser Leistungsvereinbarung, freut sich aber jetzt schon darauf, in drei Jahren dann anzuschauen, was sich ergeben hat, so dass man dort dann vielleicht einwirken könnte. Aber vorerst möchten wir es einmal so belassen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Die Kleinen haben ihre Schoppenflasche, liebe Damen und Herren, Kids haben ihre McGummi's, die Arbeitnehmenden haben ihren Zwischenarbeits-Lunch-Stress, die Senioren haben ihren AHV-Schoppen. Über alle Generationen aber haben wir unseren Wald. Der Wald, dessen Besuch ganz viel bringt für die persönliche, körperliche und seelische Erholung und die Aufbaumöglichkeit jedes Menschen in unserer Region. Ganz kurz zum Geld, ich habe es mir vorhin angeschaut. Wenn sich die Vorlage ansieht, in Relation zu den Einwohnerinnen und Einwohnern von Allschwil macht das pro Personen etwa 7.25 Franken aus. Das ist etwa der Betrag, den wir alle gestern und heute in der Pause konsumiert haben. Wir sind für diese Vorlage. Wir stehen zum Wald. Nicht weil die Mehrheit unserer Fraktion Allschwiler Bürger wären – wir haben welche bei uns, ganz klar – sondern weil der Wald – seine Pflege, sein Nutzen, das Gefühl, dort daheim zu sein – uns allen wichtig ist. Wir stehen uneingeschränkt hinter dieser Vorlage.

Sarah Lorenz, CVP-Fraktion: Ich darf heute wahrscheinlich zum letzten Mal etwas sagen, drum sage ich noch etwas – nein... Ich wollte nur ganz persönlich etwas wegen dem Geld sagen. Selbstverständlich, das haben wir ja gehört, ist die CVP dafür. Was ich einfach noch anfügen wollte: Robert Vogt sagte, hinsichtlich des nun fehlenden Betrages habe die Bürgergemeinde die Möglichkeit, vielleicht gewisse Leistungen, die nicht so wichtig sind, zu streichen. Ich durfte in der Subkommission mitarbeiten und konnte dabei mit Herrn Lack reden. Was ich dabei herausgehört habe, ist, dass eigentlich alles sehr wichtig ist, und dass es eigentlich keine Sachen gibt, die weniger wichtig sind. Das betrifft einerseits die Sicherheit im Wald, sowie auch die ökologische Erhaltung. Und darum fände ich es sehr wichtig, dass, wenn ich dann nicht mehr dabei bin, der Restbetrag auch noch gesprochen wird.

Dr. Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Ich bin der Meinung, es sei eine gute Sache, dass solch eine Leistungsvereinbarung ausgearbeitet wurde. Auf der anderen Seite macht natürlich so eine Leistungsvereinbarung wenig Sinn, wenn die zu erbringenden Leistungen wegen eines zu kleinen Geldbetrags nicht wirklich erbracht werden können, oder nur zu einem Prozentsatz. Es macht mir Sorgen, dass die Gemeinde zwar den Allschwiler Wald bei jeder Gelegenheit lobt und auch profitiert vom Allschwiler Wald – er ist ja durchaus auch ein Argument für das Standortmarketing – dass sie aber, wenn es dann darum geht, Farbe zu bekennen beim Naturschutz, wieder zaudert. Ich hatte gemeint, wir seien in Allschwil ein bisschen weiter in dieser Frage.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Ich kann mich Sarah Lorenz anschliessen. Wir finden es gut, dass eine Leistungsvereinbarung ausgearbeitet wurde. Das ist eine Investition für die Natur, und es ist schade, dass man, je nach dem, gewisse Sachen wieder streichen muss. Es ist eine Investition für Junge, für Mittelalterliche, für Alte, für Behinderte – ich denke, es ist eine Investition für die gesamte Bevölkerung von Allschwil, und alle können von diesem Wald profitieren. Zusätzlich ist es eine Investition für die Gesundheit; es ist ganz klar eine aktive Gesundheitsförderung. Und bei einer so vielseitigen Investition wäre es doch wichtig, dass sie vollständig abgedeckt würde. Wir finden es schade, dass ein Fehlbetrag bleibt.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Für uns EVPler ist die Unterstützung unbestritten, diese 145'000. Mir tut es auch ein bisschen weh, dass man auf den Fehlbetrag bis zum vollen Mass verzichten muss. Aus persönlicher Sicht muss man sagen, wir haben, je nachdem, in unseren Berufen und an unseren Arbeitsorten alle gewisse Einsparungen, die wir hinnehmen müssen. Darum denke ich, vielleicht ist es für 3 Jahre verschmerzbar. Aber eigentlich passt es mir nicht. Andere Möglichkeiten der Finanzierung, wie sie Josua Studer vorgeschlagen hat, finde ich durchaus denkbar. Ich finde die Zusammenarbeit mit dem Forst extrem gut. Egal, ob ich eine Kinderwoche und Seilbrücken, oder ein Familienfest oder ein Osterfeuer oder irgendetwas im Wald organisiere, der Kontakt ist super. Man ist sehr zuvorkommend beim Zudienen, wie sie uns zum Beispiel beim Mooshag Holz hinbringen etc., das finde ich absolut genial. Für mich ist der Allschwiler Wald der Ort, wo ich hingehere, wenn ich auftanken muss. Dass es mein Wald ist, habe ich gemerkt, als ich im Engadin war. Der Wald dort ist schön, aber er ist anders. Und irgendwann habe ich gemerkt: Das hier ist der Wald, den ich kenne; ich stoffle viel im Wald herum. Von daher: Wir müssen diese Leistungsvereinbarung unbedingt annehmen, und ich denke, für diese drei Jahre können wir es so machen. Aber dann muss man unbedingt schauen, wie es aussieht, und ob man nicht doch das Geld aufwerfen sollte. Eine Frage habe ich mir noch gestellt: Wir haben gestern über das Budget abgestimmt. Welcher Betrag ist dort eingesetzt: sind es 110'000, 145'000 oder 180'000?

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Departement Steuern – Finanzen: Ich beantworte die Frage gerne. Es sind die Fr. 145'000, die wir im Budget eingestellt haben.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Natürlich konnte sich auch die FDP nur unter dem Gesichtspunkt der angespannten finanziellen Lage der Gemeinde Allschwil mit dieser Leistungsvereinbarung einverstanden erklären. Wir wären auch froh, man könnte da etwas mehr sprechen.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich bin erstaunt. Alle sind eigentlich gleicher Meinung. Alle möchten eigentlich mehr zahlen, aber es ist kein Antrag gekommen. Ich hatte eigentlich damit gerechnet, dass irgendjemand einen Antrag stellt, dass man diesen Betrag noch einsetzt. Wir selber sind glücklich, dass das jetzt nicht zustande kommt, damit uns das Budget nicht ganz über den Haufen fällt. Ich hätte einfach eine Aufforderung an Herrn Lack: Nutzen Sie doch bitte diese drei Jahre. Schreiben Sie auf, was sie gemacht haben, und was sie bleiben lassen mussten. Falls das dann sehr überzeugend auf uns wirkt, dann, denke ich mir, haben wir eine absolute Notwendigkeit, Ihnen das Geld zu zahlen. Und weil das nur drei Jahre sind, finden wir, man kann das jetzt so machen. Und wir freuen uns jetzt schon auf den Bericht.

Felix Keller, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Detailberatung.

[**Armin Bieri**, 2. Vizepräsident, ruft die einzelnen Kapitel auf, **Ursula Pozivil**, 1. Vizepräsidentin, stellt die Wortmeldungen fest.]

S. 2, 1. Ausgangslage

keine Wortmeldung

S. 3, 2. Erholungskonzept Allschwiler Wald

keine Wortmeldung

S. 4, 3. Kostenaufwand für den Erholungswald und direkte Leistungen

keine Wortmeldung

S. 4, 4. Erwägungen

keine Wortmeldung

S. 5, 5. Antrag
keine Wortmeldung

Felix Keller, Präsident: Damit ist auch die Detailberatung abgeschlossen. Ist noch das Schlusswort gewünscht seitens des GPK-Präsidenten?

Andreas Bammatter, Präsident GPK: Ich möchte einfach nochmals festhalten, dass wir über diese Leistungsvereinbarung befinden, die hier vorliegt. Und die lautet über Fr. 145'000. Wir hatten keinen Auftrag zu diskutieren, ob wir nun mehr Geld sprechen oder nicht. Somit stelle ich fest, dass der Rat auch über diese Fr. 145'000 befindet.

Felix Keller, Präsident: Ist noch das Schlusswort gewünscht seitens Gemeinderat Vogt? – Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur Abstimmung. Es liegt ein Antrag des Gemeinderats vor, S. 5 der Leistungsvereinbarung:

Antrag: Die Leistungsvereinbarung und die Erhöhung des Pauschalbetrages von Fr. 110'000 auf 145'000 wird gutgeheissen.

://:
Einstimmig ja.

Felix Keller, Präsident: Wir kommen zur Schlussabstimmung über das Geschäft.

://:
Einstimmig für Abschluss des Geschäfts.

403 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 11
Beantwortung der eingegangenen Fragen (Fortsetzung Fragestunde)

Felix Keller, Präsident: Es liegen 18 Fragen auf dem Tisch. Die Zeitvorgabe ist klar: 3 1/3 Minuten pro Frage. Wir fangen an mit

Frage 1 von Siro Imber, FDP-Fraktion: Das Bundesgericht hat entschieden, dass beim schulischen Schwimmunterricht die Integration der Schülerinnen und Schüler in die hiesige Gesellschaft höher wiegt als der Dispens aus religiösen Gründen. Wie sieht diesbezüglich die Praxis des Schwimmunterrichtes in Allschwil aus?

Gemeinderat Heinz Giger, Vorsteher Departement Bildung – Erziehung – Kultur: Es geht um das Thema Integration von muslimischen Kindern im Schwimmunterricht an der Primarschule Allschwil. Die Primarschule Allschwil wendet folgende Grundsätze und folgende Praxis an: Generell nehmen alle Kinder an diesem Schwimmunterricht teil – also muslimische Kinder. Bei Neuzuzügen – speziell erwähnenswert sind Familien, die im „Atlas“ wohnhaft sind, das ist das Wohnheim für Asylsuchende – nehmen unsere Lehrpersonen in der Form Rücksicht, dass der Schwimmunterricht erst in der zweiten Woche stattfinden soll. Das tönt ein wenig banal, ist aber ganz wichtig. Es geht auch um die psychologische Situation: Die kommen hierher, die Schule fängt von der ersten Stunde an, und der Schwimmunterricht, der für viele doch noch ein wenig ein Problem ist, in der zweiten Woche. Unsere Lehrpersonen sind generell aufgefordert, den Familien fremder Herkunft mit Geduld und Verständnis zu begegnen. Das tun sie übrigens auch gegenüber Familien, die von hier sind. Sie haben aber auch die Auflage, oder die ganz klare Forderung, unsere hiesigen Schulweisungen und die üblichen Sitten durchzusetzen. Das gelingt in der Regel

recht gut. Ich muss auch eine allgemeine Aussage zur Integration treffen: Auch Kinder anderer Religionen finden unter unseren Kindern meistens schnell Anschluss. Religion steht der Integration in der Schule eigentlich nicht im Weg. Nochmals etwas Allgemeines zur Integration: Die Eingliederung in eine Schule wird schwierig, wenn es sich um ein fremdsprachiges Kind handelt, das traumatisiert ist, das neben dem Kulturwechsel zusätzlich auch noch zum Teil erschütternde und belastende Kriegs- oder Fluchterlebnisse verarbeiten muss. Das ist in Allschwil der Fall. Etwas aus der Praxis: In den letzten 15 Jahren – so weit können sich die Lehrpersonen jedenfalls zurückerinnern, und das ist ja nicht so alt; da war Herr Imber zwar noch im Gymnasium oder noch weiter unten – also in dieser langen Zeit hatten wir lediglich ein einziges muslimisches Kind, ein Mädchen, vom Schwimmunterricht dispensiert. Bis so ein Dispens stattfindet, ist schon sehr viel geredet und sehr viel Verständnis und Geduld aufgewendet worden. Man hat sehr viel miteinander, nicht unbedingt im besten Einverständnis, aber man hat schon sehr viel geredet miteinander. Unter anderem ist die Schulleitung auch verpflichtet, Vorschläge zu machen, wie man so ein Thema lösen könnte. Bei diesem Mädchen hat ein Mitglied der Schulleitung als Kompromiss angeboten, einen Schwimmanzug, einen Ganzkörperschwimmanzug zu tragen – das tönt alles ein wenig banal, ist aber ganz wichtig – doch das wurde von diesen Eltern ebenfalls abgelehnt. Das Gespräch und Verständnis geht sehr weit, bis es einmal nicht mehr geht. Nun, die Schulleitung hat dann mit diesen Eltern schriftlich vereinbart und unterzeichnet, dass die Eltern die Verantwortung und die Pflicht übernehmen, dass ihr Kind privaten Schwimmunterricht bekommt. Das ist ganz wichtig. Ob das dann durchgesetzt wird, ist eine andere Frage. Also die Schulleitung hat auch die Verantwortung, dass diese Vereinbarung, die im letzten Jahr getroffen wurde, überprüft wird. Man hat nicht viele Möglichkeiten, man muss befragen, man muss sich rückinformieren. Man kann es schwer durchsetzen. Aber dies ist die Praxis in Allschwil. Nun hat das Amt für Volksschulen in diesem Sommer 2008 zum ersten Mal ein Handbuch zum Thema „Gelebte Religion und Schulalltag“ an alle Lehrpersonen abgegeben. Das ist so ziemlich das Beste, was Urs Wüthrich in letzter Zeit geboten hat. Und ich kann erkennen, dass die Lehrkräfte an der Primarschule Allschwil mit ihrer bisherigen Interpretation ihres Auftrages die Sache gut machen. Ich beabsichtige auch weiterhin, das so zu fordern, dass der jetzt beschrittene und aus meiner Sicht erfolgreiche Weg, der auch eine gute Auseinandersetzung hat, weitergeführt wird.

Frage 2 von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: In der Tagespresse konnten wir Mitte Oktober entnehmen, dass unsere Vorzeigefirma „Actelion“ den Netto-Umsatz auf über eine Milliarde = 1'000'000'000 (!) steigern konnte. Herzliche Gratulation. Ein wichtiger, budgetierter und mit steigender Erwartung besetzter Posten sind die Einnahmen der juristischen Personen. Unsere Fragen lauten:

1. Wird sich dieser erwirtschaftete Erfolg auf die Einnahmen der Gemeinde Allschwil auswirken?
2. Wenn ja, wann und wie wird sich dies zu Gunsten der Steuereinnahmen auswirken?

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Departement Steuer – Finanzen: Ich beantworte die beiden Fragen gerne, soweit mir das überhaupt möglich ist, ohne dass ich mich wegen einer strafrechtlich relevanten Handlung verantworten muss, denn es gibt ja eine Schweigepflicht, und es gibt auch Insidergeschäfte, aus denen der Gemeinderat Aussagen nicht nach aussen tragen darf. Damit der Gemeinderat die finanzielle, also vor allem die Steuerentwicklung besser planen kann, steht er in engem Kontakt mit den wichtigsten Unternehmen, die in Allschwil ansässig sind. Für den Gemeinderat machen das einerseits die Wirtschaftsförderung, und andererseits der Hauptabteilungsleiter Dieter Pfister, den Sie gestern gesehen haben. Vor allem Herr Pfister steht in regelmässigem Kontakt mit diesen Unternehmen und erfährt aufgrund dieser Kontaktpflege konkrete Angaben zur Entwicklung der Unternehmen, also spricht Umsatz, Ertragshoffnungen. Nun müssen Sie einfach folgendes wissen, wenn Sie hier Umsatzzahlen lesen, die in der Presse standen. Umsatzzahlen heisst für die Gemeinde Allschwil noch nicht all zu viel. Umsatz ist nicht das gleiche wie Reingewinn, und nur der Reingewinn ist massgebend für die Ertragssteuer, die in der Gemeinde zu zahlen ist. Und genau das wäre ja das, was interessieren würde. Und das ist eben gerade die Zahl, die ich Ihnen hier nicht präsentieren darf, denn das unterliegt, wie gesagt, der Schweigepflicht. Also Sie hören vielleicht aus meinen Antworten, dass ich ein wenig um den Brei herumreden muss, weil, wie gesagt, das Wesentliche nicht gesagt werden darf. Ein wichtiger Punkt ist vielleicht noch der Folgende: Die Umsatzzahlen, die da im Jahr 2008 gemacht wurden, die werden, sofern es überhaupt zu einem Ertrag, zu einem Reingewinn kommt, frühestens im Jahr 2009 wirksam. Erst dann erfolgt die Veranlagung, und erst dann rechnen wir mit den Zahlen aus 2008. Ich hoffe, die Fragen sind so beantwortet worden.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte gerne noch eine Nachfrage stellen: Ich weiss, ich darf nicht ausführen. Aber da steht „275.2 Millionen Betriebsgewinn“. Nun steht oben in der Frage der Umsatz drin, eine Milliarde, also tausend Millionen. Nun sagten Sie gestern, Frau Nüssli, die Steuern bei den juristischen Personen stagnieren. Somit zahlt einer der Grossen, vielleicht der Grösste hier in der

Region, nächstes Jahr keine Steuern; oder es wird nicht mehr erwartet. Das muss ich daraus entnehmen, dass Sie sagten, die Steuern stagnieren bei den juristischen Personen.

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Departement Steuer – Finanzen: Wenn die Steuern bei den juristischen Personen stagnieren, dann ist das ein Durchschnittswert, der sich über alle juristischen Personen – voraussichtlich unserer Rechnung nach – erstreckt. Da kann es sein, dass ein Unternehmen wesentliche Sprünge nach oben macht, dafür macht ein anderes wesentliche Sprünge nach unten. Da haben wir ja eine gewisse Wellenbewegung. Darum kann es schon sein, dass Actelion jetzt vorwärts macht; das soll kein Widerspruch zu dem sein, was ich gestern sagte.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich nehme das so zur Kenntnis. Aber wir reden von einer Milliarde Umsatz, tausend Millionen, 275 Millionen Betriebsgewinn. Da haben wir von 50 Millionen Steuereinnahmen in der Gemeinde geredet; das ist fünfmal mehr als alle Steuerzahler in Allschwil zahlen. Das einfach als Bemerkung.

Felix Keller, Präsident: Ich schlage vor, dass wir die Fragen 3 und 5 gemäss der Ihnen vorliegenden Nummerierung zusammennehmen. Sie betreffen beide das Label Energiestadt.

Frage 3, Ursula Pozivil, FDP-Fraktion: Das Label Energiestadt ist ein Leistungsausweis für Gemeinden, die eine nachhaltige kommunale Energiepolitik vorleben und umsetzen. Energiestädte fördern erneuerbare Energien, umweltverträgliche Mobilität und setzen auf eine effiziente Nutzung der Ressourcen. Weitere Informationen dazu unter www.energiestadt.ch. Im Kanton Baselland sind bisher nur folgende Gemeinden dabei: Aesch, Arlesheim, Birsfelden, Bottmingen, Frenkendorf, Lausen, Münchenstein, Reigoldswil, Reinach und Sissach. Warum ist Allschwil, als eine der grössten BL-Gemeinden, nicht dabei?

Frage 5, Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Die Anzahl der Ortschaften mit dem Label „Energiestadt“ wächst stetig. Auch bei uns war dies schon ein Thema. Meine Anfrage:

- Welche grösseren Massnahmen sind in unserer Gemeinde bisher bereits erfolgt? Ich denke da an Strassenbeleuchtung, Isolationen...
- Welche weiteren Massnahmen sind in absehbarer Zeit vorgesehen?
- Bis wann ist mit dem Erreichen der Ziellinie zu rechnen?

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Das Label „Energiestadt“ zeichnet Gemeinden aus, die ausgesuchte energiepolitische Massnahmen beschliessen oder eben auch umsetzen. Damit sie sich überhaupt zertifizieren lassen kann, muss sich die Gemeinde natürlich einem Audit unterwerfen und zudem dem Trägerverein Energiestadt beitreten. Grundsätzlich ist das sehr begrüssenswert. Das ist also etwas, das ich auch sehr toll fände, wenn Allschwil das machen würde. Aber andererseits müssen wir ganz klar sehen, dass dies die Gemeinde Allschwil auch finanziell in die Pflicht nehmen würde. Denn wenn man den Weg einer Energiestadt beschreiten wollte, müsste man konkrete Massnahmen umsetzen. Ich möchte Ihnen dazu ein paar Beispiele nennen. Man muss zum Beispiel im Zonenplan ganz klare Vorgaben machen für das Bauen neuer Gebäude. Das spricht also vor allem die gute Isolation an – beispielsweise den „Minergie®“-Standard als Pflicht vorzuschreiben. Zweitens, man kann, wenn man selber baut – sprich, wir bauen gerade ein Feuerwehrmagazin – auch dort einen erhöhten Standard vorschreiben, Beispiel „Minergie®“; das wäre auch für ein Feuerwehrmagazin möglich. Und da muss ich Ihnen sagen: Auch das würde wieder Mehrkosten verursachen. Man geht davon aus, dass ein „Minergie®“-Haus etwa 10 % mehr kostet als ein konventionelles Haus. Es gibt natürlich noch weitere Sachen. Man kann auch in der Wasserversorgung, bei den Pumpen, Strom sparende Massnahmen ergreifen, zum Beispiel effizientere Pumpen einsetzen. Man kann selbstverständlich auch beim Transport umweltfreundlichere Fahrzeuge einsetzen etc. Und auch dort hätten wir wieder Mehrkosten. Auch bei der Mobilität sind Massnahmen möglich. Man kann also den Langsamverkehr fördern, mehr Velowege anlegen. Auch das braucht wieder Investitionen. Sie wissen, dass wir verschiedene Velowege am planen sind; aber es braucht immer ein Minimum an Massnahmen, wenn man „Energiestadt“ werden will. Dann kann man natürlich auch bei der internen Organisation, also bei der Verwaltung, darauf schauen, dass die Leute ihre Computer ausschalten, das Licht löschen etc., dass die Fenster nicht offen bleiben über Nacht. Das alles sind Massnahmen, die man ergreifen kann, wenn man Energiestadt werden möchte. Und selbstverständlich kann die Gemeinde auch in der Kommunikation dazu beitragen, dass die Bevölkerung Solaranlagen auf ihre Dächer baut, was ja heute ausserhalb des Dorfkerns sogar bewilligungsfrei möglich ist. Die Gemeinde Allschwil realisiert bereits viele Massnahmen. Ein Beispiel: Im Familien und

Freizeitzentrum ist ja bereits eine Holzfeuerung zum Einsatz gelangt. Das ist eine der Massnahmen – die übrigens der Einwohnerrat beschlossen hat – die mit Mehrkosten ausgewiesen wurde. Dort haben wir uns also auch dazu durchringen können. Aber ganz klar möchte ich an dieser Stelle sagen: Der Gemeinderat ist wirklich entschlossen, dass wir uns nicht dem „Energiestadt“-Label unterwerfen wollen.

Felix Keller, Präsident: Frau Pozivil, sind Sie zufrieden mit der Antwort? Gibt es eine Anschlussfrage?

Ursula Pozivil, FDP/GLP-Fraktion: Nein, ich habe keine Anschlussfrage. Aber ich bin auch nicht zufrieden.

Felix Keller, Präsident: Herr Jean-Jacques Winter, eine Anschlussfrage?

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Ich mag mich meiner Vorrednerin total anschliessen, ich bin auch nicht zufrieden. Ich denke, viele Möglichkeiten wären kostengünstig umzusetzen. Was du vorhin aufgezählt hast, Robert Vogt. Meine Fragen sind nicht beantwortet, überhaupt nicht. Ich habe aufgeschrieben, dass bis jetzt Strassenbeleuchtungen gemacht wurde, das weiss ich. Auch dass wir Isolationen gemacht haben. Aber dann habe ich nichts Konkretes mehr gehört, was ihr bis jetzt schon gemacht habt. Ich entnehme dieser Antwort, dass die Verantwortlichen von Allschwil nicht in dieser Richtung vorwärts machen wollen, wie sie im Anliegen von Ursula Pozivil und mir formuliert ist. Da ist meine Frage ganz einfach: Kann sich der Gemeinderat vorstellen, dass Ursula Pozivil und ich nochmals mit einem Vorstoss kommen, hier etwas zu machen. Ich denke, das wäre ein Zuckerli, das ich gerne schlecken würde. Was denkst du, Robert Vogt, kommen wir nochmals?

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Vielen Dank für diese Ergänzung. Es ist natürlich so, dass die Gemeinde Allschwil viel mehr Massnahmen macht, als ich jetzt in dieser Kürze aufgezählt habe. Aber ich möchte gerade auch noch ausführen, dass wir auch für das nächste Jahr konkrete Massnahmen ins Auge gefasst haben, und die möchte ich jetzt doch noch einzeln aufzählen: Wir möchten einmal zusammen mit der Energieberatung der Elektra Birseck-Münchenstein eine Veranstaltung machen, in der wir die Leute dazu ermuntern wollen, Energie sparende Massnahmen in unserem Gemeindegebiet umzusetzen. Das ist also eine Kommunikationsveranstaltung. Sie kostet die Gemeinde sehr wenig. Die haben wir im Übrigen auch budgetiert. Zweitens möchten wir auch die Küchenabfallsorgung aufgrund eines Postulates der FDP, das noch hängig ist, einführen, das heisst eine Grünabfuhr, die nicht einfach nur auf den Komposthaufen kommt – was zwar auch schon sehr anständig ist – sondern man kann in einem Zwischenschritt diesen Grünabfällen noch Energie entziehen, indem man Biogas produziert. Und genau dieses Biogas möchten wir auch noch nutzen, bevor dann der Kompost anfällt. Das ist also auch eine konkrete Massnahme, die im Jahr 2009 auf der Traktandenliste steht. Dann ist bei der Strassenbeleuchtung der Effekt bereits nachweisbar. Wir brauchen dort 20 % weniger Strom als mit der alten Beleuchtung, obwohl wir bekanntlich heute eine stärkere Beleuchtung haben als vorher. Dann bauen wir beim öffentlichen Verkehr wesentliche Linien aus, wird verdichten Takte. Dazu möchte ich speziell erwähnen die Linie 38 durch das Bachgrabengebiet, oder die Linie 61 nach Binningen, die während der Stosszeiten ebenfalls in einem häufigeren Takt verkehrt. Und zum Schluss auch noch die Förderung des Langsamverkehrs, hier wissen wir bereits, dass wir eine Velowegverbindung ins Bachgrabengebiet schaffen werden. Das ist also alles schon auf der Traktandenliste. Und ich werde in Zukunft auch vermehrt darauf achten, dass wir unsere Massnahmen – ich könnte wie gesagt noch viel mehr aufzählen – auch wirklich kommunizieren. Ich denke, da haben wir einen Nachholbedarf. Ich hoffe, das genügt für den Moment.

Felix Keller, Präsident: Wir fahren weiter.

Frage 4, Jean-Jacques-Winter, SP/EVP-Fraktion, betr. Baumpflanzaktion: In der Sitzung vom 2. Mai 08 wurde seitens des Gemeinderates bestätigt, dass die Aktion „Klassenbaum“, lanciert durch Max Ribi, leider sistiert, aber nicht vergessen wurde und wieder, mit den neuen Erstklässlern, umgesetzt werden soll. Meine Frage:

- In welcher Zeit ist diese Aktion geplant und wann werden die Lehrkräfte darüber informiert (um eine frühzeitige Planung / Information sind die Lehrkräfte sehr dankbar)?
- Ist schon bekannt, wo diese Pflanzungen erfolgen werden (aus reiner Neugier)?

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Hier ist die Antwort sicher ein wenig kürzer. Es geht um die Baumpflanzaktion, die wir anlässlich der Jahrgänge der Schulklassen machen wollen. Da ist es so, dass wir im ersten Quartal 2009 eine Aktion planen. Wir werden die Lehrkräfte entsprechend orientieren und sie natürlich auch in die Planung dieser Baumpflanzaktion einbeziehen. Da kommen wir sicher auch noch auf dich zurück, Jean-Jacques-Winter. Zur zweiten Frage: Diese Pflanzungen führen wirklich auch zu einem Problem, und das möchte ich hier auch anschneiden. Wenn wir für jede Schulklasse in jedem Jahrgang – was offenbar 6 bis 7 Klassen sind jedes Jahr – je einen Baum pflanzen würden, dann gäbe das doch ziemlich viele Bäume in der Landschaft. Und ich kann Ihnen sagen, es ist relativ schwierig. Wenn man heute sieht, dass es gerade in den Landwirtschafts-bereichen nicht sehr beliebt ist, wenn wir dort Bäume pflanzen, denn die sollten ja der landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten bleiben. Und auch im Siedlungsgebiet – wenn Sie jetzt etwa an den Dürrenmattspielplatz denken – ist es auch schwierig. Wenn man dort jedes Jahr 7 Bäume pflanzen würde, dann hätten wir dort einen Wald. Und deswegen gehe ich einmal davon aus – und das möchte ich jetzt schon bekannt geben – dass wir dahin tendieren, nur noch einen Baum pro Jahrgang anzubieten. So dass man dann weiss, man hat einen Jahrgangsbaum in Allschwil, der angeboten wird. Und damit, denke ich, können wir das gut und nachhaltig noch viele Jahre anbieten.

Frage 6, Jean-Jacques-Winter, SP/EVP-Fraktion, betr. Trottoirführung entlang des Herrenweges: Das Trottoir ist entlang der Fahrbahn im steilen Stück zur Höhe der Leubern unterbrochen. Dadurch entstehen wiederholt heikle und oft überraschende Begegnungen in diesem Verkehrsabschnitt. Um solchen Situationen möglichst keine Wiederholung zu bieten, meine erste Frage: Kann sich der Gemeinderat vorstellen, in diesem doch rege befahrenen Strassenabschnitt zur Sicherheit der rollenden Verlehrsteilnehmenden den Fussgängerdurchgang an beschriebener Stelle zu unterbinden? Mit welchen Mitteln? – Oder dann meine zweite Frage: Wie sieht der Gemeinderat die Möglichkeit, in diesem Abschnitt einen durchgehenden, geschützten Weg für die Fussgehenden und die Schiebenden der Kleinmenschroller (vulgo Kinderwagen) zu erstellen? – Die Böschung (arbeitsintensiv) entlang des Herrenwegs geht ja in absehbarer Zeit in Besitz und Pflege der Gemeinde über.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Hier geht es um die Trottoirführung im Bereich des Herrenwegs. Dort ist es so, dass im Strassennetzplan dieser Abschnitt als Erschliessungsstrasse mit Wanderwegverbindung eingeteilt ist. Das heisst, dort braucht es eine sichere Fussgänger Verbindung, und das ist heute nicht der Fall. Die Fussgänger müssen heute über eine relativ schlecht befestigte, steile Strasse hinaufgehen Richtung Leubern. Wir müssen diesen Weg erhalten, das ist ganz klar, das schreibt uns der Strassennetzplan vor. Und drum kann man jetzt auch gerade auf die Frage 2 zurückkommen: Weil wir uns dieser Bedeutung bewusst sind, möchte wir dort wirklich eine bessere Fusswegverbindung schaffen. Dazu gibt es mehrere Möglichkeiten, nämlich einerseits die, dass man die Strasse ausbaut und breiter macht. Oder man könne eine Variante machen über das Quartierplanareal, wo ein neuer Weg bereits gebaut wurde, der ist in unmittelbarer Nähe des Herrenwegs. Und wenn man solch einen Weg nutzen könnte, dann würden wir natürlich eher diese günstigere Lösung suchen und ausarbeiten und Ihnen dann natürlich in einem Vorschlag unterbreiten. Aus dieser Sicht kann man, denke ich, schon relativ bald, wir reden da von 2010, eine Fusswegverbindung anbieten.

Frage 7, Julia Gosteli, Nedim Ulusoy, Rita Urscheler, Fraktion Grüne:

- (1) Wie stellt sich der Gemeinderat dazu, dass mit offizieller Post Flyers mit kommerziellem Inhalt an die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte verschickt werden (Beispiel Weidegustation)? Welche Firmen dürfen der offiziellen Post des Gemeinderates Werbung beilegen?
- (2) Wird in Allschwil der Bau von Minergie®-Häusern speziell gefördert? Wird in Allschwil der Einsatz von energieeffizienten Geräten gefördert?
- (3) Was ist geplant bezüglich Parkplatzbewirtschaftung, Parkplatzgebührenpflicht und „einheimischer“ Parkkarte? Parkplätze, die für die Kundschaft des Gewerbes vorgesehen sind, werden oftmals gratis von Pendlern benutzt, was überhaupt nicht dem Sinn der Sache entspricht.
- (4) Was hält der Gemeinderat von einer reinen Aktivkohlereinigung des Wassers? Was hält der Gemeinderat davon, das Wasser zusätzlich noch mit Oxidation zu reinigen, wie dies die Gemeinde Muttenz tut? Erhält der Gemeinderat regelmässig Trinkwasseranalysedaten?
- (5) Wie stellt dich der Gemeinderat zu der Idee von M. Göschke, Landrätin, die Statistik der Südlandungen halbjährlich zu überprüfen, sprich, dass die Prozentzahl von 8 bis 10 % halbjährlich eingehalten werden muss? Im Sommer 08 mit bis zu 15 % Überflügen war der Aufenthalt im Garten oder der Terrasse

kein Vergnügen mehr und die Lebens- und Wohnqualität stark eingeschränkt. Wird sich der Gemeinderat Allschwil für die Lebensqualität in Bezug auf Fluglärm auch für Neuallschwil einsetzen?

(6) 12 Gemeinden haben sich im Mai 2008 zusammengeschlossen, weil seit Anfang 2008 die Zahl der Südlandungen und damit der Unmut der Bevölkerung extrem angestiegen ist. Warum fehlt beim weiteren geschlossenen Vorgehen dieser Gruppe der ursprüngliche Grund (die lästigen und überaus zahlreichen Südlandungen) dieses Zusammenschlusses?

zu (1): **Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber**: Das Alterszentrum ist für die Gemeinde Allschwil ja nichts Fremdes. Wir haben jetzt eine Leistungsvereinbarung verabschiedet. Es ist letztlich auch ganz klar durch die öffentliche Hand, sprich durch die Gemeinde Allschwil mitfinanziert, wenn ich die Beiträge anschau, die die Bewohnerinnen und Bewohner ebenfalls zahlen. Es ist ganz klar: Grundsätzlich gibt es kein Werbematerial, das verschickt wird. In dem Sinne ist auch das Material, das da verschickt wurde, ein Ausdruck der Verbundenheit zwischen dem Alterszentrum und den Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten, so dass man da eine Einladung zu dieser Weindegustation machen wollte, um die Verbindung zu halten zwischen dem Alterszentrum und der „classe politique“ in der Gemeinde Allschwil. Ich darf auch sagen, dass das Alterszentrum mit dem Ambiente zusammen eben gerade dafür sorgen will, dass im Alterszentrum eine Durchmischung des Publikums stattfindet, jung und alt oder mittelalterlich, und so dachte man, das sei eine gute Sache. Letztendlich kann man sich mir auch vorstellen, dass es Sinn macht, wenn die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die ja heute dieser Leistungsvereinbarung zugestimmt haben, auch von Zeit zu Zeit dem Alterszentrum einen Besuch abstatten und sich auch direkt vor Ort ein Bild machen können von der Diskussion. Zum anderen, muss ich sagen, ist es halt in der Tat so, da müssten Sie eben sagen, so etwas möchten Sie nie mehr haben, auch keine Einladungen beispielsweise von einem Musikverein Allschwil zum Jahreskonzert, die wir verschicken. Wir hatten auch schon Einladungen des Jodlerklubs zum Jahresanlass beigelegt, oder auch zum Beispiel Einladungen des Kunstvereins, die wir immer wieder finden. Mit anderen Worten: Es ist natürlich ganz klar nicht das Ziel, kommerzielle Betriebe zu fördern. Wir waren der Meinung, dass auch das Alterszentrum in dem Sinn nicht als kommerzieller Betrieb zu verstehen ist.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Eine Weindegustation ist nicht das Gleiche wie eine Einladung zum Jahreskonzert. Das möchte ich gut unterscheiden.

zu (2): **Gemeinderat Christoph Morat**, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Das war wirklich eine Breitseite. Als 5. Gemeinderat von 7 antworte ich auf die Frage 7 (2). Ich habe dazu eine Folie vorbereitet. In der Gemeinde Allschwil wird nach dem neuen Zonenreglement Siedlung, das jetzt schlussendlich auch vom Regierungsrat abgesegnet wurde, das Bauen von Minergie®-Häusern folgendermassen gefördert: Gem. § 4, Bebauungsziffern, werden Mauerstärken von mehr als 35 cm nicht zur überbauten Fläche gezählt. Im § 16 schlägt sich das nieder bei den Energieanlagen. Dort steht, Sie können es lesen, die Bebauungsziffer kann für Bauten, die mindestens den Minergie®-P-Standard erreichen, um 4 % relativ erhöht werden. Und gem. § 23 müssen bei den Quartierplanungen Energiekonzepte vorgelegt werden. Zur Frage, ob der Einsatz von energieeffizienten Geräten gefördert wird: Diese Anreizsysteme sind in der Gemeinde Allschwil vorläufig noch nicht vorhanden. Ich hoffe, ich konnte die Fragen so beantworten.

zu (3): **Gemeinderat Thomas Pfaff**, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Das haben wir gestern behandelt. Deshalb gehe ich auf die Frage auch gar nicht mehr ein, sondern verweise auf meine Stellungnahme zum Budgetpostulat 3802 B.1 zur gleichen Thematik. Aber nach der Frage wird noch eine Behauptung aufgestellt: dass Pendler den Kunden unseres Gewerbes die Parkplätze wegnehmen würden. Das ist natürlich nicht zutreffend. Wo gezielt für die Kundschaft von Läden und Gewerbebetrieben Parkplätze zur Verfügung gestellt werden, sind diese Parkplätze als blaue Zone ausgewiesen. Das heisst, das Parken ist auf max. 90 Minuten beschränkt und damit für Pendler völlig uninteressant; und auch Anwohner können diese Plätze nur kurzfristig nutzen. Als konkrete Beispiele möchte ich die Parkplätze erwähnen beim Dorfplatz, beim Lindenplatz, oder auch den Parkplatz vor dem Gemeindezentrum und vor der Post. All diese sind ganz gezielt dafür gedacht, dass dort eine regelmässige Fluktuation stattfindet, so dass man sie eben benutzen kann zum Einkaufen, oder um in einem Gewerbebetrieb etwas abzuholen etc. Auch wenn – falls – man in Allschwil zu einem späteren Zeitpunkt eine Einwohnerparkkarte einführen würde, so würden die heutigen blauen Zonen weiterhin auf 90 Minuten beschränkt sein – auch für die Besitzer einer Anwohnerparkkarte. So dass weiterhin gewährleistet bleibt, dass die Kundschaft von Läden und Gewerbebetrieben einen Parkplatz findet. Also: Was heute blaue Zone ist,

bleibt blaue Zone. Es würden höchstens weisse zu blauen Zonen werden, mit dem Zusatz „Für Besitzer einer Anwohnerparkkarte unbeschränkt“. Einfach soviel noch zu dieser Bemerkung.

zu (4): **Gemeinderat Robert Vogt**, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Es geht hier um die Reinigung unseres Trinkwassers mit Aktivkohlefilter. Allschwil bezieht ja bekanntlich 100 % des Trinkwassers von den IWB. Dieses stammt wiederum von der Hardwasser AG, die ebenfalls bekannt ist. Aber es lässt sich nicht vermeiden, weil die Leitungen alle verbunden sind im Stadtnetz, dass dort auch Wasser aus den Langen Erlen beigemischt wird. Also eigentlich stammt unser Wasser aus zwei Quellen. Die Hardwasser AG ist ja zurzeit an der Planung einer Trinkwasseraufbereitungsanlage. Sie lässt sich dabei vom Technologiezentrum in Karlsruhe beraten. Im Vordergrund steht dort die Installation eines solchen Aktivkohlefilters. Ob nun zu diesem Aktivkohlefilter noch eine Ozonierung dazukommt, also ein zusätzliches Verfahren, das wird derzeit abgeklärt. Die Gemeinde Muttenz im Übrigen hat noch nicht entschieden, ob ihr Trinkwasser noch zusätzlich mit einer Ozonierung versehen wird, oder ob man nur mit einem Aktivkohlefilter arbeiten wird. Weil sich also da die Fachleute noch nicht einig sind, möchten wir uns da eigentlich heraushalten und abwarten, wie sich das ergeben wird. Letztendlich sind wir auch der Meinung, dass das Trinkwasser eine gute Qualität haben muss. Aber wie das dann funktioniert, das müssten uns eigentlich die Fachleute sagen können. – Was die Trinkwasser-Analysedaten angeht, so ist das ein wenig ein heikles Thema. Die Hardwasser AG sucht ja mit dem Amt für Umweltschutz des Kantons Baselland nach Lösungen für die Sicherung der Trinkwasserqualität. Weil sich aber die Fachleute bei diesem Thema noch uneinig sind – also wie problematisch die Stoffe sind, die da, anscheinend in sehr geringen Konzentrationen, manchmal gefunden werden – ist eigentlich Allschwil nicht daran interessiert, mit ellenlangen Listen von Chemikalien bombardiert zu werden. Deswegen werden wir eigentlich warten, bis sich da weitere Analysedaten ergeben, aus denen man klare Konsequenzen ziehen kann. Aber im Moment sieht es so aus, als wäre die Trinkwasserqualität noch gut und für uns nicht von gesundheitlicher Bedeutung.

zu (5) und (6): **Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber**: Die erste Frage lautet dahingehend, ob wir Frau Landrätin Göschke unterstützen könnten in ihrem Anliegen, dass die 8 bis 10 % maximale Nutzung des ILS 33 neu halbjährlich überprüft werden könnte. Wenn Sie sich diese Folie anschauen, das ist die aktuelle Folie, die vom EuroAirport präsentiert wurde, auf der man die Auslastung dieser Südlandung sieht. Da stellt man fest, dass das ILS 33 vor allem gebraucht wurde im Frühling, und dass dann die Belastung durch das ILS 33 deutlich abnimmt ab Herbst bis in den Winter. Jetzt waren wir bei 9.5 %. Man kann also davon ausgehen, dass wir Ende Jahr zwischen 8 und 10 Prozent liegen werden. Die Idee von Frau Landrätin Göschke wäre nun die, dass man halbjährlich verlangen würde, dass die 8 bis 10 % eingehalten werden – dies natürlich in der Meinung, dass man dann im 1. Halbjahr nicht diese Überhöhung haben könnte, die jetzt im 2. Halbjahr kompensiert wird. Wir werden diese Idee verfolgen. Ich muss dazu aber sagen, diese Prozentzahlen sind ein stückweit relativ, und zwar einfach deshalb, weil es die Wetterverhältnisse sind, die bestimmen, welches Landesystem gerade geflogen wird. Damit kommt es auf die Windkomponente an – bei 5 Knoten wird das Landesystem umgestellt. Mit anderen Worten, wird sind nicht sicher, ob der gewünschte Effekt nachher zu erreichen ist. Wir laufen Gefahr, dass nachher in dem Staatsvertrag zwischen der Schweiz und Frankreich einfach für das 1. Halbjahr eine höhere Zahl eingesetzt wird, oder eingesetzt werden muss wegen der Windverhältnisse, und für das 2. Halbjahr eine niedrigere, und am Schluss sind wir unterm Strich wieder gleich weit. – Dann die Frage betreffend Neuallschwil. Die tut mir natürlich ein wenig weh. Ich meide grundsätzlich das Wort Neuallschwil. Denn für mich gibt es nur ein Allschwil, und damit setze ich mich selbstverständlich auch für Neuallschwil ein. Ich möchte das klar sagen. Das ILS 34 – das ist etwas schwierig zu erklären – mir ist bewusst, und ich habe das schon ein paar Mal gesagt, dass wir wissen, dass das ILS 34 zu einer Belastung geführt hat. Und diese Belastung ist ein wenig speziell. Zum ersten möchte ich sagen: Das ILS 33 neu war keine Massnahme wegen des Lärms, sondern eine Massnahme für die Sicherheit. das ist mal das Erste. Und das zweite, was von mir aus gesehen wichtig zu wissen ist: Das ILS 34 führt mathematisch – bitte verstehen Sie mich jetzt richtig: mathematisch – nicht zu mehr Lärm. Aber speziell an dem ILS ist neu, dass man natürlich jetzt „auf der Perlenkette aufgereiht“ landet. Und damit ist man unter diesem Leitstrahl jetzt deutlich mehr betroffen als vorher, als es ein Wischiwaschi über ganz Allschwil gab. Dieser Situation sind wir uns absolut bewusst, und da wollen wir auch effektiv für Neuallschwil eine Lösung suchen. – Ich komme nämlich jetzt gerade bei der nächsten Frage darauf zurück. Sie wissen alle, wir haben das „G 12“, den Zusammenschluss dieser 12 Gemeinden – da sind jetzt auch noch Birstaler und Laufentaler Gemeinden dazugekommen – die neu durch den Lärm über das ILS 34 belastet worden sind. Und da wird jetzt die Frage an mich gestellt, ob man jetzt eigentlich das Thema ILS 33 quasi zurückgestellt hat und sich primär mit anderen Themen beschäftigt. Denn der ursprüngliche Grund für den Zusammenschluss dieser Gemeinden, und die neue Solidarität, die ich auch immer gelobt habe, war natürlich das ILS 33 gewesen, da haben Sie absolut recht. Nun aber geht es darum: 8 % dieser Landungen. Ich stelle immer ganz klar die Frage: 8 % von was denn? 8 % von heute 95'000 Flugbewegungen? Oder 8 % von 125'000 Flugbewe-

gungen im Jahr 2000? Oder 8 % von 150'000 maximal möglichen Flugbewegungen? Das ist die Crux am Ganzen. Mit anderen Worten: Es ist enorm wichtig, dass man sich dafür einsetzt, dass der Ausbau des Frachtverkehrs – die Verdoppelung bis zum Jahr 2020 – kritisch hinterfragt wird. Wenn der Frachtverkehr verdoppelt wird bis ins Jahr 2020, dann sind diese 8 % ILS 33 viel mehr als heute. Das gleiche gilt: Fracht ist meistens Express-Fracht. Das heisst, sie fliegt früh morgens und spät abends. Und genau in diesen Zeiten haben wir – notabene im Dorfkern, das muss ich auch noch sagen – zwischen 22.00 und 24.00 h die Planungsgrenzwerte überschritten – im Dorfkern, und dann hinauf Richtung Schönenbuch. Planungsgrenzwerte überschritten: Das heisst mit anderen Worten, auch dort kommt es darauf an, dass wir in Allschwil uns für ein Nachtflugverbot einsetzen, wie wir das schon getan haben, von 22.00 bis 07.00 h. Der Grossrat Basel-Stadt hat eine Motion überwiesen 22.00 bis 07.00. Der Landrat im Kanton Baselland war zaghaft, Siro Imber, und hat nur von 23.00 bis 06.00 h überwiesen. Aber wir sind auf dem richtigen Weg, denke ich, bei diesem Thema. Letztendlich ist auch immer wieder eine Plafonierung der Flugbewegungen auf maximal 100'000 pro Jahr ein Thema. Mit anderen Worten, was ich hier sagen will: Der ursprüngliche Grund ist ganz sicher nicht ins Hintertreffen gerate. Auch in den Zielsetzungen der G 12 ist das Einhalten der Bestimmungen des Staatsvertrages – nämlich die 5 Knoten und maximal 8 bis 10 % der Flugbewegungen auf dem ILS 33 – nach wie vor ein erklärtes Ziel. Damit habe ich geschlossen.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Darf ich noch kurz eine mündliche Frage an den Gemeinderat stellen? Wir wissen alle, wir beziehen kein Wasser mehr von Schönenbuch. Aber die Gemeinde Allschwil hat ja eigene Quellen in Schönenbuch. Nun möchte ich die Frage an den Gemeinderat richten: Ist das wahr, was mir besorgte Einwohner sagten, dass die Gemeinde Allschwil diese Quellen in Schönenbuch verkaufen will?

Felix Keller, Präsident: Also eigentlich haben wir keine Fragestunde. Aber weil jetzt bald Weihnachten ist, lassen wir die noch zu.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Obwohl Weihnachten ist, kann ich dir dieses Geschenk nicht machen. Das sind absolut laufende Verhandlungen. Und darüber geben wir zum heutigen Zeitpunkt noch keine Auskunft. Das wäre auch falsch. Denn ich möchte ja nicht, dass der Gemeinderat Schönenbuch in der Zeitung liest, was der Gemeinderat Allschwil an ihn herantragen will. Wir haben ihn angeschrieben, und selbstverständlich sind wir in regelmässiger Diskussion mit dem Gemeinderat Schönenbuch puncto Wasser. Es geht da auch um ganz langfristige, also nicht nur um kurzfristige Lösungen. Es geht auch nicht nur um Deponien, sondern ganz generell um das Wasser. Das wäre jetzt viel zu früh, wenn wir da Auskunft erteilen würden.

Felix Keller, Präsident: Gut, damit beenden wir die Fragestunde. Bevor die Kerzen ganz heruntergebrannt sind, beenden wir die Sitzung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Adventszeit, eine schöne Weihnacht, und wir sehen uns wieder am 21. Januar.

ENDE DER SITZUNG